

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

# EU-Agrarreform: Entwürfe bedürfen der Auslese



Foto: Welke

## EU-Agrarreform

Bäuerliche Arbeit muss als Maßstab für Direktzahlungen zugrunde gelegt werden. Eine Analyse, die Abl-Forderung, ein Interview mit Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und die Forderungen der europäischen Bewegung auf den **Seiten 4, 5 und 12 bis 14**

## Milch

Je nachdem welche Zahlen man zugrunde legt, erzeugen Betriebskalkulationen falsche Bilder über die Wirtschaftlichkeit. Die Öffentlichkeit und die Bauern werden so in die Irre geführt. Eine Aufklärung von Prof. Dr. Onno Poppinga, auf den **Seiten 6 und 7**

## Gentechnik

In Deutschland ist die flächendeckende Fütterung ohne Gentechnik noch am Anfang. In Österreich degegen selbstverständlich. Ein Metzger und Bäuerinnen und Bauern aus Niedersachsen zeigen, wie es funktionieren kann. Auf den **Seiten 16 und 17**

**Die Seite 3**

Chronischer Botulismus ..... 3

**Agrarpolitik**

Rationalisierung reduziert die Wertschöpfung ..... 4

**Milch**

„Richtig rechnen – aber wie?“ ..... 6

**Bewegung**

„Bauer sucht Verbraucher“ ..... 8

„Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ ..... 10

Mit Gold- und Silber-Siegel für Tierschutz ..... 11

**Schwerpunkt**

Bäuerliche Arbeit als ein Maßstab der Zahlungen ..... 12

Im Konkreten droht die Kommission die Linie zu verlieren ..... 13

Agrarpolitische Mitgestaltung in Europa wächst ..... 14

**Nachbau**

Alle Macht den Konzernen ..... 15

**Gentechnik**

Füttern ohne Gentechnik ..... 16

Fleisch vom Metzger ..... 16

Das Bauernopfer ..... 17

**Leguminosenprojekt**

Die Vielfältigkeit der Leguminosen – Ein Betriebsbesuch ... 18

Fachforum zu Leguminosen – Es rührt sich was ..... 18

**Aus fernen Ländern**

Kleinsthöfe in Rumänien ..... 18

**Weitere Themen**

Zu Besuch auf der Alp und bei Isabella Hirsch, Seite 9; Verantwortung für unser Essen, Leserbrief, Seite 19; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

## Inhaltsverzeichnis

Nun ist er durchgesickert, der Vorentwurf zur Agrarreform der EU-Kommission. Und die Wirkung bleibt nicht aus: Auf allen Ebenen ist die Diskussion über eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik wieder voll entbrannt.

Schon im Vorfeld hatte Ciolos eine breite Öffentlichkeit an der Debatte beteiligt, was es zuvor so noch nie gab. Denn Landwirtschaft ist mehr als Lebensmittelproduktion oder Energiegewinnung. Die Art, wie Landwirtschaft betrieben wird, hat immer auch mit Umwelt-, Tier- und Klimaschutz zu tun, entscheidet über die Qualität unserer Lebensmittel und darüber, wie wir die Ernährungsgrundlagen den künftigen Generationen hinterlassen. Themen, die viele Menschen in den unterschiedlichsten Regionen Europas bewegen. Allein beim europäischen Vernetzungstreffen in Krens diskutierten ca. 400 TeilnehmerInnen aus 34 europäischen Ländern über eine neue, zukunftsfähige Agrarpolitik. Und die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ wird das ihre dazu tun, diese Debatte lebendig zu halten und tiefer in die Gesellschaft zu tragen.



Und diese gesellschaftlichen Interessen haben sich auch teilweise in den Vorschlägen der Kommission niedergeschlagen. Einiges sieht gut aus. Langjährige AbL-Forde-

**Kommentar**

## Bäuerliche Arbeit ins Zentrum rücken

rungen sind vom Grundsatz her aufgenommen. Da gibt es Überlegungen einer Anrechnung von Arbeit. Es soll eine Staffelform und eine Obergrenze bei den Direktzahlungen geben. Doch am Ende zählt nur, was tatsächlich in die Verordnung gegossen wird. Nicht nur, dass der Vorschlag noch dringender Nachbesserungen bedarf, die Vergangenheit hat gezeigt, dass wirkliche Reformansätze erst mal aufgenommen wurden, im Laufe der Debatte zu Fußnoten verkamen und in der Endfassung nicht mehr zu finden waren.

Die Lobby der industriellen Ausrichtung der Landwirtschaft schläft nicht, ist bestens vernetzt und wird alles dafür tun, einen Paradigmenwechsel zu verhindern.

Da liegt es nun an uns, sich nicht in den Einzelheiten der verschiedenen Instrumente zu verzetteln. Vielmehr geht es darum, die Notwendigkeit einer bäuerlich nachhaltigen Landwirtschaft als Überlebensgrundlage aller Menschen zu verdeutlichen und dieses gemeinsame Ziel herausstellen.

Wir wollen keinen grünen Anstrich der 1. Säule. Nur wenn die Greeninganforderungen ein hohes qualitatives Niveau haben, werden sie dazu beitragen, praktische Veränderungen in der Wirtschaftsweise der Bäuerinnen und Bauern zu erreichen.

Das bedeutet aber auch, bäuerliche Arbeit endlich ins Zentrum der Agrarpolitik zu rücken. Denn sie bestimmt die Qualität der Landwirtschaft. Grund genug, auch endlich Gelder dorthin zu transferieren, wo diese Arbeit geleistet wird. Unsere Betriebe brauchen mehr als Absichtserklärungen. Zum wirtschaftlichen Überleben brauchen wir Einkommen. Dazu muss den einzelnen Mitgliedsstaaten das Recht eingeräumt werden, bei den Direktzahlungen Arbeitskräfte, bez. Arbeitszeit zu berücksichtigen. Wie's funktionieren könnte, sehen wir an den Beitragsberechnungen der Berufsgenossenschaften. Wer viel arbeitet, bekommt auch viel. Das scheinbare Erfolgsmodell Rationalisierung um jeden Preis würde abgelöst. Eine Umverteilung der Gelder, die spannende und kontroverse Debatten auslösen wird. Ich freue mich darauf!

Maria Heubuch  
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft  
Milchbäuerin im Allgäu

**Impressum**

**b** unabhängige  
bauernstimme

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
Marlene Herzog: 02381-9053173;  
Claudia Schievelbein: 02381-492289  
Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,  
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/**  
**Aboverwaltung:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:  
Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21,  
E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.  
bauernstimme.de; Bankverbindung:  
KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**

**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632;  
Postvertriebsstück 1 K 12858E

# Chronischer Botulismus

Eine Krankheit, die es gar nicht gibt

Festliegende Kühe, Labmagenverlagerungen, fiebrige Mastiden. Das waren die ersten Alarmsignale im Stall von Karsten Hansen. Vor über einem Jahr, im März vergangenen Jahres, veränderte sich der Gesundheitszustand seiner 180 Milchkühe drastisch. „Zuerst habe ich über Botulismus als Ursache überhaupt nicht nachgedacht“, erzählt Hansen. Er ließ Blutproben nehmen, um den Stoffwechsel zu untersuchen, hat die Tierzahl reduziert, damit die Kühe mehr Bewegung haben. Als die Kühe im April auf die Weide kamen, wurde es kurzzeitig besser. Immer in Schüben verlief die Krankheit bei seinen Kühen, alle zwei bis drei Monate gab es vermehrte Fälle. Erst im Herbst kam die Idee, Tiere auf Botulismus zu untersuchen. Neben *Clostridium botulium* wurde auch *Clostridium fringens* gefunden. Die positiven Ergebnisse waren vielleicht eine Erklärung für den schlechten Gesundheitszustand der Herde. Ungelöst blieb jedoch die Herkunft der Erreger bzw. des Toxins.

## Lange bekannt

Schon im Jahr 2002 hat das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) eine Umfrage bei den obersten Landesveterinärbehörden der Bundesländer durchgeführt. Geklärt werden sollte unter anderem, ob das Erscheinungsbild des „viszeralen Botulismus“ in Rinderbeständen bekannt ist.

In der aktuellen Diskussion beschränkt sich das Vorkommen vornehmlich auf Betriebe in Schleswig-Holstein und dem nördlichen Niedersachsen. Ganz anders stellte sich die Situation vor neun Jahren dar. Bei der Umfrage des BfR berichten die Veterinärbehörden von Erkrankungen, die schon damals als „viszeraler Botulismus“ diagnostiziert wurden, in Baden-Württemberg. Bei Fällen in Hessen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern habe es sich, so das BfR, vermutlich um das gleiche Krankheitsbild gehandelt. Im Jahr 2002 gibt es in Mecklenburg-Vorpommern einen „Situationsbericht zum „viszeralen Botulismus“ bei Rindern“. Demnach ist das Krankheitsbild schon seit 1995 bekannt, auch wenn erst 1999 akute und chronische Formen des Botulismus festgestellt wurden.

## Kein Forschungsbedarf?

„Die Erkrankung des „viszeralen oder chronischen Botulismus“ ist noch nicht

eindeutig definiert.“ Das schrieb das Bundesinstitut für Risikobewertung in einer Stellungnahme vom 17. Februar 2004. In einer kleinen Anfrage stellt die Bundesregierung 2011 fest, „dass (auch) das Vorkommen des „chronischen Botulismus“ beim Rind wissenschaftlich nicht als gesichert angesehen werden kann.“

Weshalb an offizieller Stelle bis heute, über zehn Jahre nach dem ersten Bekanntwerden des ganze Kuhbestände ruinierenden Krankheitsgeschehens, keine genaueren Erkenntnisse vorliegen, lässt sich nicht mehr klären. Im-



Herkunft ungewiss. Botulismus: Eine unsichtbare Bedrohung für Tier und Mensch.

Foto: Dott

mer wieder wurden nach Aussage von Wissenschaftlern der Tierärztlichen Hochschule (TiHo) Hannover Forschungsgelder in Aussicht gestellt, dann aber überraschend zurückgezogen bzw. trotz vorliegender Anträge nicht vergeben. Das Ergebnis ist fatal. Aktuell liegen keine gesicherten Ergebnisse über die Zahl der betroffenen Betriebe vor, weil es keine zentrale Erfassung der Krankheitsfälle gibt.

Den betroffenen Betrieben hilft das wenig. Sie fühlen sich allein gelassen. Nicht nur, dass das von ihnen beobachtete Krankheitsgeschehen von verschiedenen Wissenschaftlern auf grundlegende Hygienemängel, Fütterungs- und Managementfehler zurückgeführt wird, ist der für die Kühe nicht selten tödliche Verlauf aufgrund des ungeklärten Krankheitsbildes auch kein Fall für die Tierseuchenkasse. Für alle tierärztlichen Maßnahmen sowie den Ausfall muss der Tierhalter deshalb selbst aufkommen. Schon in mehreren Fällen hat dies

zum Ruin des ganzen Betriebs geführt. Nachdem Botulin, vor allem im 19. Jahrhundert, zuerst als Gift in verdorbenen Fleischwaren eine Rolle spielte, wurde in den 1960er Jahren seine Bedeutung als Medikament entdeckt. An der Klinik für Neurologie der Medizinischen Hochschule Hannover forscht Prof. Dirk Dressler an den Wirkungen des Botulismus-Toxins auf den Menschen.

## Auch Tierhalter betroffen

„Zuerst war ich skeptisch“, berichtet Dressler über seine erste Reaktion auf

delt, die in der Folge im tierischen Organismus ihr Toxin ausscheiden, oder ob Tiere und Menschen das Gift mit dem Futter, der Nahrung, über Stäube usw. direkt aufnehmen.

## Alternative Erklärungsversuche

Eher kritisch stehen die Wissenschaftler der TiHo Hannover dem chronischen Botulismus gegenüber. Ähnlich wie die Bundesregierung behaupten sie, dass die Haltungs- und Fütterungsbedingungen in den betroffenen Beständen in vielen Fällen nur „suboptimal“ seien. Dr. Holtersinken möchte eine Botulismuser-

krankung nicht generell ausschließen, präferiert aber zum aktuellen Zeitpunkt eine ganz andere Erklärung. Seiner Einschätzung nach könnte die Ursache auch in einer nachteiligen Futterzusammensetzung liegen. Das häufige Mähen und Silieren noch junger Bestände führe zu geringen Reineiweißgehalten in den Silagen. Dies wiederum wirke sich nachteilig auf die Pansenflora aus. Wenn man in diesen Fällen Soja als Additiv zusätzlich zur Futterration gäbe und damit den Reineiweißgehalt über 50 Prozent steigere, könne man die Bestände therapieren.

## Überblick bekommen

Obwohl es unstrittig ist, dass es Rinderbestände mit den beschriebenen Krankheiterscheinungen gibt, streitet sich Wissenschaftler, Politiker, Veterinäre und Betroffene über deren Ursachen. Vor allem für die betroffenen Tierhalter, denen nicht selten ein nachlässiges Management unterstellt wird, ist dies ein äußerst unbefriedigender Zustand. Dennoch weigert man sich von offizieller Seite schon, auch nur die Datenlage mittels einer ersten Erhebung der möglichen Fälle zu verbessern. In einem zweiten Schritt könnte dann gezielt nach den Ursachen geforscht werden. Nur so kann es gelingen, die aktuelle Diskussion, die zwischen Verharmlosung und der Angst vor einem neuen Lebensmittelskandal hin und her schwappt, auf ein solides Fundament zu stellen und den betroffenen Betrieben eine Hilfe bei ihren unbestrittenen Gesundheitsproblemen zu bieten. mm

# Rationalisierung reduziert die Wertschöpfung

Ein Vergleich landwirtschaftlicher Strukturen Nordostdeutschlands mit denen in Westdeutschland

Der Nordosten besteht aus den Bundesländern Berlin, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Mit der Bundeshauptstadt Berlin liegt in dieser Region Deutschlands größte Stadt und eines der wichtigsten Nachfragezentren für landwirtschaftliche Produkte.

Seit jeher war der Nordosten ein bedeutendes Agrarland. In der Magdeburger Börde liegen die fruchtbarsten Böden Deutschlands. Mit 3,9 Millionen ha verfügen die vier Bundesländer über 23 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands. Mit 1,4 Milliarden Euro erhielt der Nordosten 19 Prozent der für Deutschland ausgereichten EU-Agrarsubventionen. Allerdings wurden damit nur 13,9 Prozent der landwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Deutschland 2009 erzeugt.

## Wenig Wertschöpfung

Mit 2,702 Mrd. Bruttowertschöpfung erzeugte die nordostdeutsche Landwirtschaft weniger als die des westlichen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hat bei weitem nicht so gute Böden. Über ein Drittel des Landes wird von Mittelgebirgen eingenommen, von denen eines nicht umsonst „Sauerland“ heißt. Seine landwirtschaftliche Nutzfläche ist mit 1,463 Mio. ha um mehr als die Hälfte kleiner, die EU-Subventionen fielen mit 623 Millionen Euro um mehr als die Hälfte niedriger als die nordostdeutschen aus, und dennoch wurde 2010 mit 2,739 Mrd Euro Bruttowertschöpfung (BWS) in der Landwirtschaft mehr erzeugt als im gesamten Nordosten.

Damit ist die Flächenproduktivität (BWS je ha) in Nordrhein-Westfalen mit 1.872 € 2,6mal größer als im Nordosten Deutschlands (700,50 €). Das nordostdeutsche Ergebnis wird dabei zu 53 Prozent von der EU subventioniert, das nordrhein-westfälische zu 22,7 Prozent. 20 Jahre nach der Wende ist diese Produktivitätsdifferenz erstaunlich.

Die Frage nach den Ursachen berührt mehrere Themenbereiche. Das Industrieland Nordrhein-Westfalen weist mit 129.300 Erwerbstätigen in der Landwirtschaft (2010) ein Viertel aus wie die vier nordostdeutsche Bundesländer zusammen, die nur auf 99.000 kommen. Damit ist die Personalintensität pro 100 ha LNF mit 8,8 Personen mehr als dreimal höher als im Nordosten, der im Schnitt nur auf 2,6 kommt. Betriebe mit höherem Personalbesatz können sich viel besser um

arbeitsintensive, aufwändige Kulturen kümmern und verfügen in der Regel über genügend Manpower, um sich bei kurz- und mittelfristigen Nachfrageänderungen auf neue Produkte umzustellen.

## Wenig Groß gegen viel Klein

Eng verbunden mit diesem Faktor ist die Betriebsgröße. Im Durchschnitt bewirtschaftet ein nordostdeutscher Agrarbetrieb über 259 ha, ein nordrhein-westfälischer nur 41 ha. Anders



Kühe bleiben Kühe. Ob Ost oder West. Die Form des Managements und die Bewirtschaftung der Flächen sowie deren Größen zeigen aber deutliche Unterschiede. Foto: Herzog

ausgedrückt: Großbetriebe mit mehr als 200 ha verfügen in Nordostdeutschland über 88 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, in Nordrhein-Westfalen über 7,4 Prozent.

## Feudale Strukturen

Für Nordostdeutschland ergibt sich eine umgestülpte Pyramide der Besitzverteilung. Die wenigen Großbetriebe verfügen über die höchsten Flächenanteile. Die Besitzstruktur ähnelt also den Verhältnissen vor der Revolution von 1918. Man könnte sie somit als neofeudal bezeichnen.

Während in Nordostdeutschland die Klasse der Betriebe ab 1.000 ha den mit Abstand größten Teil einnahm, fiel diese Rolle in Nordrhein-Westfalen der Größenklasse der 7.900 Betriebe mit 50 bis 100 ha zu. Sie nimmt 37,3 Prozent der Nutzflächen ein. In Nordostdeutschland kommt diese Klasse auf nur 2,6 Prozent. Entsprechend schwach ist in den vier nordöstlichen Bundesländern die gesunde Mittelschicht der

landwirtschaftlichen Betriebe repräsentiert.

Dieser Befund hat vielfältige Konsequenzen für die ländliche Entwicklung: In Nordrhein-Westfalen sind etwa 35.800 Haushalte über landwirtschaftliche Vermögen an den Ländlichen Raum gebunden. In Nordostdeutschland sind es mit nur 14.900 auf einer mehr als doppelt so großen Fläche 41 Prozent weniger. Dieser Faktor hemmt die Abwanderung aus den ländlichen Räumen in Westdeutschland erheblich.

ostdeutschland.

Außerdem profitieren die Ländlichen Räume Nordrhein-Westfalens von den Effekten der Nebenerwerbsbetriebe. Kleinere Höfe verdienen nicht genug, um die benötigten Familieneinkommen zu gewährleisten. Sie sind daher gezwungen, sich in anderen Wirtschaftssektoren ein Zubrot zu verdienen. Das sind z.B. Tourismus („Ferien auf dem Bauernhof“), Veredlung und Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten in Hofläden, auf Bauernmärkten, Reiterhöfe oder Dienstleistungen für andere landwirtschaftliche Unternehmen. Das, was für die Landwirtschaft als Wirtschaftssektor oft nicht optimal ist, bringt aus regionalwirtschaftlicher Sicht eine enge Verflechtung der Landwirtschaft mit anderen Wirtschaftsbereichen und bedeutet daher ein weiteres Abwanderungshemmnis für die agrarische Bevölkerung.

## Investitionsmangel und Kapitalentzug

Die Einkommenskombination und einige andere Faktoren wiederum führen dazu, dass die relativ kleinen Betriebe in Nordrhein-Westfalen mit 663 Euro je ha fast doppelt so viel in ihre Landwirtschaft investieren wie die relativ großen Betriebe in Nordostdeutschland mit 335 Euro je ha – und das, obwohl die Großbetriebe in Nordostdeutschland durch vielfältige Fördermaßnahmen und Vorteile bei der Kreditaufnahme begünstigt sind. Diese Zahlen gelten für das Jahr 2008, da der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen noch keine neueren Daten zur Verfügung stellt. Nach wie vor aber gilt: Trotz der starken Förderung leidet der nordostdeutsche Ländliche Raum unter starkem Investitionsmangel.

Die neu feudalen Besitzverhältnisse in Nordostdeutschland forcieren den Kapitalentzug aus Ländlichen Räumen nicht nur durch ihre Quantität. Auch die landwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse werden negativ beeinflusst. Flexible kleine und mittlere Betriebe mit starker Marktorientierung werden durch inflexible Großbetriebe mit starker Subventionsorientierung verdrängt. Aufgrund ihrer Kapitalkraft können Großbetriebe oft höhere Pachten bezahlen als kleine und mittlere Familienbetriebe – zumindest so lange, bis die letzteren vom Markt verdrängt sind.

Dies hat zur Folge, dass die Flächen-

Fortsetzung auf Seite 5 oben

## Fortsetzung von Seite 4 unten

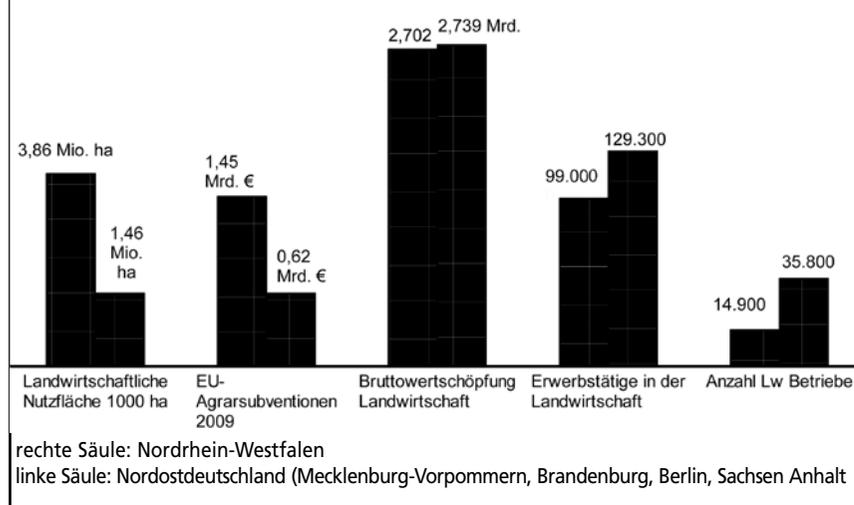
produktivität in der nordostdeutschen Landwirtschaft weiter sinkt und dass noch weniger Erwerbstätige von der Landwirtschaft leben können.

Auch die neuen Bewirtschaftungsarten bevorzugen die Großbetriebe. Sie können die vor dem Hintergrund des Energiepflanzenbooms gestiegenen Pachten leichter bezahlen als beispielsweise mittlere Viehzuchtbetriebe. Außerdem sind sie in der Lage, aus eigener Kraft Biogasanlagen zu bauen. Kleinere Bauern müssen sich zum Bau von Biogasanlagen erst zusammenschließen, bevor sie genügend Grundkapital für solche Anlagen haben.

änderter Pflanzenbau und andere agrarindustrielle Strukturen sollten also allein schon unter raumplanerischen Gesichtspunkten in solchen Gebieten keinesfalls zugelassen werden.

Auch landwirtschaftsintern gibt es Impulse, die in diese Richtung gehen. Im Land Brandenburg mehrt sich die Zahl der Betriebe, die sich verstärkt an der Nachfrage aus Berlin orientiert. Einige Umlandkreise von Berlin – allen voran der durch Gemüse- und Obstbau geprägte Kreis Potsdam-Mittelmark – erreichen beim Personalbesatz je ha bereits westdeutsche Größenordnungen. 11,8 Prozent der Betriebe und 10,6 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Land Branden-

Vergleich landwirtschaftlicher Strukturen in Nordostdeutschland mit denen in Nordrhein-Westfalen 2010



## Zukunftprognose

Einige der genannten Verdrängungseffekte sind aus der Zeit des „echten“ Feudalismus im 19. Jahrhundert bekannt: Die ländliche Bevölkerung wurde durch die Expansion der Großbetriebe zur Abwanderung gezwungen. Ähnliches geschieht heute durch die Ausbreitung und Konsolidierung der neofeudalen Strukturen. Wenn in der Entwicklungspolitik der Landwirtschaft und Ländlicher Räume nicht umgesteuert wird, dann drohen einigen ländlichen Gebieten in Nordostdeutschland weitere Bevölkerungsverluste.

Im Umland von Berlin, entlang überregionaler Verkehrsachsen und in einem immer breiter werdenden Ostseeküstenstreifen wird die oben skizzierte Form der Landwirtschaft als führender Wirtschaftszweig zunehmend vom Tourismus abgelöst. Wenn die Regionalentwicklung diese Impulse positiv aufnehmen will, dann muss in den Entwicklungsplänen dieser Gebiete die Kompatibilität von Tourismus und Landwirtschaft gewährleistet werden. Das bedeutet, dass Art und Form der landwirtschaftlichen Produktion so zu gestalten sind, dass sie den Tourismus nicht behindern. Großviehanlagen, gentechnisch ver-

burg werden bereits ökologisch bewirtschaftet. Mit 140.400 ha ist die ökologisch bewirtschaftete Fläche fast dreimal größer als in Nordrhein-Westfalen (54.800 ha). Allerdings reicht das noch lange nicht aus, um die Berliner Nachfrage nach Lebensmitteln aus ökologischem Anbau zu decken. Über die Hälfte des Berliner Verbrauchs muss aus Westdeutschland und anderen Regionen importiert werden.

Prof. Dr. Helmut Klüter  
Institut für Geographie und Geologie  
Universität Greifswald



## Kurzes am Rande

## Bioland ist 40 Jahre

Anfang August feierte der Verband mit 2.000 Besuchern seinen 40sten Geburtstag auf dem Einholdenhof im oberschwäbischen Horgenzell. Wolfgang Reimer, der als Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg den kurzfristig erkrankten baden-württembergischen Landwirtschaftsminister Alexander Bonde vertrat, bedankte sich in seinem Grußwort bei „den Bioländern“ für ihren engagierten Beitrag zur Entwicklung des Ökolandbaus in Deutschland. Auch in Zukunft, so Reimer, werde die Arbeit von Bioland von großer Bedeutung sein, damit die Landwirtschaft insgesamt ökologischer werde und die positiven gesellschaftlichen Leistungen des Ökolandbaus auf immer größeren Flächen wirken können. Der Verband besteht seit 1971, als zwölf Frauen und Männer in Baden-Württemberg den „bio gemüse e.v.“ ins Leben gerufen haben. 1978 wurde er zum heutigen Bioland-Verband umbenannt. Nach eigenen Angaben arbeiten heute bundesweit 5.500 Erzeuger und über 900 Verarbeitungspartner nach den Richtlinien von Bioland. mh

## Bienensterben bedroht Mensch

Die Auswirkungen des Bienensterbens haben Folgen für die Welt ernährung. Das hat eine Untersuchung der Leuphana Universität Lüneburg herausgefunden. Für die Ernährung besonders wichtige Kulturpflanzen mit einem hohen Anteil an Fetten, Vitaminen, Calcium, Fluorid und Eisen werden von Bienen bestäubt. Durch die Intensivierung der Landwirtschaft, den Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln und den Anbau von Monokulturen kommt es in vielen Teilen der Welt jedoch zu einem Schwund bestäubender Insekten. Prof. Alexandra Mario Klein hat zusammen mit Kolleginnen der Universitäten Berlin, Berkeley und San Francisco eine Studie vorgelegt, die besagt, dass negative Folgen für die menschliche Gesundheit drohen, wenn die Anzahl bestäubender Tiere weiter abnimmt. Bis zu 40 Prozent einiger von Pflanzen produzierten essentiellen Nährstoffe könnten weltweit verloren gehen, so die Studie. Vor allem in Ländern, in denen Milchproduktion unmöglich ist, sind die Menschen auf das pflanzliche Calcium angewiesen. Viele Pflanzen, vor allem rote, orange und gelbe Früchte- und Gemüsesorten enthalten zudem Nährstoffe, die das Risiko verschiedener Krankheiten verringern können und menschliche Körperzellen vor schädlichen Einflüssen schützen. Auch landwirtschaftliche Erträge könnten bedroht sein. Europäische Obstkulturen werden zu 80 Prozent von Honigbienen befruchtet. Beim Raps beträgt der Mehrertrag an Samen bei Bienenflug 50 bis 120 Prozent mehr als bei alleiniger Windbestäubung, so der Imkerverein Wiehl. mh

## Gesättigter Discount-Markt?

Nach Einschätzung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) haben die Discounter in Deutschland ihre Wachstumsgrenze erreicht. Mit 44 % des Umsatzes am deutschen Markt haben Aldi, Lidl, Netto und Co. in Deutschland den höchsten Anteil erreicht. pm

## Holzbündelung

Angesichts der Konzentrationsprozesse in der Sägeindustrie haben private und kommunale Waldbesitzer aus Baden-Württemberg, Hessen und Bayern eine Genossenschaft gegründet, um bei der Holzvermarktung besser mit der Sägeindustrie verhandeln zu können. Der „Forstlichen Vereinigung Odenwald-Bauland“ mit Sitz in Walldürn gehören laut FAZ 21 Mitglieder mit 23.000 Hektar Wald an. Dem Zusammenschluss gehören auch große Privateigentümer wie der Graf von Erbach-Fürstenau mit 4.000 Hektar Wald an, seit Waldbesitzer mit mehr als 3.000 ha ihr Holz nicht mehr gemeinsam mit dem Marktführer (Landesforstbetrieb Holz) vermarkten dürfen. In Deutschland gibt es 30 Holzgenossenschaften, vor allem in Süddeutschland. pm

## Viehpreise und Pachtpreise

Einen deutlich pachtpreisteigernden Effekt der regionalen Viehdichte beschreiben die Kieler Agrarökonom Dr. Breustedt und Dr. Latacz-Lohmann in den DLG-Mitteilungen: Demnach führt eine Zunahme von 0,5 Großvieheinheiten je Hektar im Landkreisdurchschnitt zu etwas mehr als 60 Euro zusätzlicher Pacht je Hektar. Diese Nebenwirkung einiger Investitionsförderungsprogramme für die Veredlung sollte demnach künftig von der Politik mit bedacht werden. en

## „Richtig rechnen – aber wie?“

Betriebskalkulationen können Betriebe erfolgreich oder auch schlecht darstellen. Je nachdem welche Zahlen man zugrunde legt

Auf der diesjährigen Milchtagung von AABL, KlJB und Universität Kassel wurde als letzter Tagesordnungspunkt eine Untersuchung zur Wirtschaftlichkeit der Milcherzeugung in Ökobetrieben vorgestellt. Den Tagungsteilnehmern, die bis dahin sehr lebendig und anregend diskutiert hatten, schien es „die Sprache zu verschlagen“. Zu negativ war das Ergebnis dieses letzten Beitrages. Im schriftlichen „Fazit“ des Referenten hieß es wörtlich: „Negativer Unternehmensgewinn - Ackerbau – Quersubventionierung, AfA „verfrühstücken“, hohe Arbeitsbelastung, Sparsamkeit, Verschuldung, Landverkauf.“ Auf der Tagung selber gab es spontan zwei kritische Kommentare:

Josef Jacobi, der die Tagungsleitung hatte, stellte die negativen Ergebnisse generell in Frage. Er verwies auf die wirtschaftlich erfreulichen Ergebnisse der Milchviehhaltung im eigenen Betrieb und informierte darüber, dass ca. 50 Mitglieder der Erzeugergemeinschaft, der die Biomolkerei Usseln gehört, innerhalb einer Woche in der Lage gewesen seien, zum Kauf einer weiteren Molkerei eine Million Euro aus Eigenmitteln zur Verfügung zu stellen. Die Betriebe hätten also offensichtlich gut mit ihrer Milchviehhaltung verdient.

Christian Krutzinna, Geschäftsführer des Versuchsbetriebs der Universität Kassel, stellte das Vorgehen bei der Ermittlung der Höhe der Abschreibung für Gebäude und Maschinen in Frage (Beide Kostenblöcke wurden so behandelt, dass am Ende des Abschreibungszeitraums kein Restwert mehr vorhanden sei). Die Nichtberücksichtigung der Restwerte, die erfahrungsgemäß vor allem bei Wirtschaftsgebäuden eine beachtliche Höhe haben, täusche zu hohe Gebäude- und Maschinenkosten vor und stelle die Wirtschaftlichkeit schlechter dar, wie sie sei.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung, die derartige Wirtschaftlichkeitsberechnungen aktuell auch im Zusammenhang mit Vollkostenrechnungen haben, habe ich mir das methodische Vorgehen im Vortrag prüfend angesehen. Es ist gut dokumentiert im Projektbericht einer Untersuchung, deren Ergebnisse in den Vortrag einbezogen worden waren: Deitert, Müller-Lindenlauf, Athmann und Köpke „Ökobilanz und Wirtschaftlichkeit ökologisch wirtschaftender Milchviehbetriebe mit unterschiedlicher Fütterungsintensität und Produktionsstruktur“. Es ist dies der Abschlussbericht eines vom Bundesprogramm Ökologischer Landbau geförderten Projekts an der Universität Bonn.

(<http://www.orgprints.org/13567/>)

Die mehrjährigen Ergebnisse von 43 im Rahmen des Projekts untersuchten Betrieben (die Schwerpunkte der Betriebe lagen in Nordrhein-Westfalen, ergänzt um Betriebe aus den Neuen Bundesländern und aus dem Allgäu) wurden im Vortrag ergänzt durch Daten von zehn Betrieben in Hessen, die vom AK Ökomilch Hessen betreut worden waren.

### Vergleiche sind schwer

Vorweg ist anzumerken, dass eine Beurteilung nach „richtig“ oder „falsch“ für ein methodisches Vorgehen bei der Untersuchung der Wirtschaftlichkeit von landwirtschaftlichen Betrieben durchaus nicht so einfach ist. Scheint das für den Einzelbetrieb noch ein sehr lösbares Problem zu sein, so wird es beim Versuch, unterschiedliche Betriebe zu vergleichen, sehr schwierig. Als ich seinerzeit an der Landw. Hochschule Stuttgart-Hohen-

mein ist Pacht verbreitet, zu allgemein werden Kredite in Anspruch genommen. Aber wie damit beim Vergleich von Betrieben umgehen? Generell gilt: Die Verfahren von Wirtschaftlichkeitsberechnungen sind zeitgebunden – sie sind aber vor allem auch interessensgebunden. So wurde bezüglich der Abschreibungen bei den insgesamt 53 untersuchten Ökobetrieben nach Aussage des Referenten nicht von den real zum Zeitpunkt der Investition angefallenen Kosten ausgegangen, sondern der Wiederbeschaffungswert zugrunde gelegt! (D. h.: was wird der Stall vermutlich kosten, wenn er am Ende des Abschreibungszeitraums neu errichtet werden würde?). Dieses Vorgehen wird seit langem vom Deutschen Bauernverband gefordert und läuft darauf hinaus, für den Besitzer von Anlagevermögen den



Die Höhe der Abschreibungen für Maschinen und Gebäude und deren kalkulierte Restwerte haben einen großen Einfluss auf das Ergebnis der Betriebskalkulation. Foto: BLE/Stephan

heim im Fach Betriebswirtschaft bei Prof. Dr. Reisch mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen vertraut gemacht wurde, war deren Basis noch der pacht- und schuldenfreie Betrieb. D. h. bei der einzelbetrieblichen Ermittlung des Betriebskommens wurden die Pachtzahlungen und Kreditzinsen als Kosten erfasst, beim Vergleich mehrerer Betriebe wurden sie dagegen weggelassen. Der Grund war einsichtig: Mitte der 60iger Jahre hatte ein Großteil der Betriebe schlichtweg keine Kredite und kein Pachtland (bzw. beides nur in geringem Umfang). Angesichts der heutigen Verhältnisse wäre ein Vergleich der Wirtschaftlichkeit landw. Betriebe nach der Maßgabe „schulden- und pachtfrei“ natürlich nicht mehr sinnvoll. Zu allge-

meiner Kaufkraftverlust außer Kraft zu setzen. Konsequenz wäre, dass die Höhe der Abschreibung deutlich ansteigt, die Wirtschaftlichkeit sich ebenso deutlich verschlechtert. Bei keinem Finanzamt käme man damit durch – aber man kann es ja mal fordern und so „tun als ob“.

### So tun als ob

Im Folgenden sei auf einige weitere diskussionswürdige Rechenschritte eingegangen.

1. So tun, als ob Kosten = kalkulatorische Kosten = Kosten für entgangenen Nutzen = Faktorkosten

Die „so tun als ob Kosten“ spielen in zweierlei Hinsicht eine wichtige Rolle. Zum einen beim Versuch, Betriebe zu

vergleichen. Landwirtschaftliche Betriebe sind immer sehr individuell, unterscheiden sich in vielen Merkmalen. Will man z. B. bei agrarökonomischen Untersuchungen eine Frage speziell untersuchen, so ist es eine verbreitete Methode, möglichst viele der einzelbetrieblichen Unterschiede dadurch zu vereinfachen, dass man sie durch ein pauschales Vorgehen einzuebnen versucht. Hoffnung ist, durch dieses Vorgehen die Frage, die man speziell untersuchen will, so klar herauszuarbeiten, dass eindeutige Ergebnisse möglich sind. Am konkreten Beispiel: Betriebe unterscheiden sich sehr oft durch den Anteil an Pachtland. Wurde zu meiner Studienzeit die Pacht generell unterschlagen (und dadurch so getan, als wenn alle Betriebe nur Eigenland hätten) so wird heute üblicherweise so vorgegangen, als wenn alles Land nur Pachtland sei (d. h. um den Unterschied einzunehmen, wird das Land im Eigentum unterschlagen). Im Bestreben, eine spezifische Frage zu klären, kann so ein Vorgehen vertretbar sein. Es führt aber gleichzeitig dazu, dass die so vielfältig „egalisierten“ Betriebe kaum noch was zu tun haben mit den realen Ausgangsbetrieben. Um auf das Forschungsprojekt der Universität Bonn zurückzukommen: Mit dem Projekt sollte speziell die Wirtschaftlichkeit unterschiedlicher Fütterungsintensitäten untersucht werden. Daraufhin wurden die zahlreichen Unterschiede der realen Betriebe „egalisiert“. D. h. dort wo „egalisiert“ wurde, kann man korrekterweise die Daten nicht mehr heranziehen für Aussagen über die Verhältnisse in den Ausgangsbetrieben. Korrekterweise muss hier auch gesagt werden, dass in der Untersuchung der Universität Bonn an mehreren Stellen darauf hingewiesen wird, dass durch die verwendeten Rechnungsschritte die Werte nicht mehr für eine Darstellung der wirtschaftlichen Gegebenheiten in den realen Betrieben verwendet werden dürfen. Einen durchaus anderen Zusammenhang haben die „so tun als ob Kosten“, wenn sie benutzt werden sollen, um zusätzliche Einkommensansprüche zu begründen. Die Argumentation sieht in der Regel folgendermaßen aus: Landwirte sollten als Kapitalbesitzer fordern, zusätzlich zum Gewinn sich auch noch die bloße Bereitstellung von Kapital bezahlen zu lassen. Beispielsweise beim eigenen Boden: Diesen setze man zwar für die Nutzung im eigenen Betrieb ein, potentiell könne man ihn aber auch ver-

Fortsetzung auf Seite 7 oben

## Fortsetzung von Seite 6 unten

pachten. Dieses Nicht-Verpachten sei zu bewerten als entgangener Nutzen, auf den der Kapitalbesitzer einen Pachtanspruch erheben sollte. Eine gekünzelte, eine schräge Argumentation? Nicht unbedingt, es hängt schlicht von der politischen Durchsetzungsfähigkeit der Interessensgruppe ab, die so argumentiert. So haben z. B. die Unternehmen der Energiebranche nach der für sie kostenlosen Zuweisung von Emissions- (=Verschmutzungs)-rechten durch die Bundesregierung die Strompreise erhöht. Ihre Begründung lautete: Es gäbe nun ja auch einen Markt, auf dem sie ihre Emissionsrechte verkaufen könnten. Sie täten das zwar nicht, das seien aber trotzdem als entgangener Nutzen Kosten, die sie bei den Stromkosten zusätzlich in Rechnung stellen müssten. Das Bundeskartellamt ging zwar gegen diese schräge Argumentation vor, konnte sich aber nicht durchsetzen. Die Preiserhöhung bei Strom blieb (zumindest bei den Privatverbrauchern; für die Industrie einigte man sich auf ein eigenes Verfahren). Zurück zur Bonner Untersuchung „Ökobilanz und Wirtschaftlichkeit...“. Auf Grund der Datenlage wurden „so tun als ob Kosten“ angenommen für den Boden, für die Milchquote und für Gebäude. Für alle Flächen (also auch für die Eigentumsflächen) wurde der ortsübliche Pachtpreis als Zinsanspruch eingesetzt; für die eigene Milchquote eine einheitliche Quotenpacht unterstellt (also auch für den Teil der Milchquote, der im Jahr 1984 den Betrieb kostenlos zugeteilt worden ist). Allein diese „so tun als ob Kosten“ für die Milchquote erhöhten die „Kosten“ der Milcherzeugung um ca. 2 bis 3 Cent (S. 33) – entsprechend reduzierten sich die Daten für den wirtschaftlichen Erfolg!

Zusätzlich zu den „so tun als ob Kosten“ für die Milchquote und den Boden wurden sie noch berechnet für die Zinsansprüche auf „Gebäudekosten und sonstige Kosten“. Angenommen wurden dadurch fiktive zusätzliche Kosten von 2 bzw. 1 Cent je kg Milch.

**Fazit:**

Die Einbeziehung von „so tun als ob Kosten“ hat zwar keine Basis in den Realkosten, bewirkt aber eine scheinbare Verschlechterung des wirtschaftlichen Erfolgs. Unter Realkosten ist zu verstehen: Was muss real gezahlt werden? (Ökonomen, die sich in der Geschichte ihrer Disziplin auskennen, nennen sie auch „pagatorische Kosten“. In der italienischen Sprache bedeutet „pagare“ „zahlen“).

**Investitionsförderung**

In der Bonner Untersuchung und im Vortrag auf der Milchtagung wurde nicht darauf eingegangen, ob die Betriebe Investitionsförderung nach dem AFP erhalten haben. Da die Investitionsförderung aber ge-

rade bei Stallbauvorhaben weit verbreitet ist, ist davon auszugehen, dass zumindest ein Teil der 53 Betriebe, zu deren Wirtschaftlichkeit Aussagen gemacht wurden, eine solche Förderung erhalten haben. Da Betriebe aus mehreren Bundesländern be-



Land: Eigentum oder gepachtet. In der Betriebskalkulation ein entscheidender Unterschied Foto: Hoffmann

teiligt sind und da mehrere Wirtschaftsjahre ausgewertet wurden, kann nicht detailliert zu deren Höhe etwas ausgesagt werden (in den meisten Fällen dürften sie bei 25 bis 30 Prozent der Baukosten gelegen haben). Die Nicht-Berücksichtigung der AFP-Förderung führt zumindest bei den (vielen?) Betrieben, die diese Förderung erhalten haben, ebenfalls zu einer künstlichen Erhöhung der Kosten der Milcherzeugung. Etwas genauer betrachtet: Im Falle einer Förderung durch das AFP gehen die Buchstellen üblicherweise folgendermaßen mit dieser Subvention um. Die Anschaffungskosten der Gebäude werden in ihrer ursprünglichen Höhe (also ohne Abzug der AFP-Mittel) als Kosten verbucht und von der Höhe dieser Anschaffungskosten wird die jährlich zu berücksichtigende Abschreibung berechnet. Dagegen werden die AFP-Mittel als Einnahme gebucht (ähnlich wie die staatlichen Direktzahlungen) und ebenfalls auf den Abschreibungszeitraum verteilt (als passive Rechnungsabgrenzung). Das findet sich in der Untersuchung aus Bonn aber nicht bei den Einnahmen.

Fazit: Hat ein Betrieb AFP erhalten und wird die Abschreibung auf die ursprünglichen Gebäudekosten bezogen (ohne gleichzeitige Berücksichtigung der AFP als Einnahmen), so werden diese Gebäudekosten deutlich zu hoch berechnet.

Warum dieser Artikel geschrieben werden musste? Nicht um die Wirtschaftlichkeit der Milchviehhaltung in Ökobetrieben „schön zu rechnen“, sondern um ein nüchternes, ein realistisches Ergebnis zu ermöglichen:

Verwendet man unrealistischerweise Abschreibungen vom „Wiederbeschaffungswert“; berücksichtigt man bei der Abschreibung nicht die Restwerte; behandelt man

„so tun als ob Kosten“ („kalkulatorische Kosten“) als wenn sie wirklich real anfallen würden; und berücksichtigt man nicht die erhaltene AFP-Förderung, so rechnet man die Wirtschaftlichkeit schlecht.

**Misstrauische Frage**

Anders formuliert: Angesichts der guten Wirtschaftlichkeit der Ökomilcherzeugung ist es nicht überraschend, dass Mitglieder der Milcherzeugergemeinschaft Usseln für den Kauf einer zweiten Molkerei soviel Geld zur Verfügung stellen konnten.

Eine misstrauische Frage bleibt mir: Das dargestellte methodische Verfahren ist ganz und gar üblich; Vorgaben der DGL z. B. fordern dazu auf, genauso zu rechnen. Ist es vielleicht Absicht, durch ein derartiges methodisches Vorgehen die Betriebe unter Druck zu setzen, ihnen Angst zu machen, sie zu weiteren Investitionen, Rationalisierungsmaßnahmen und Intensitätssteigerungen anzuregen?

Fazit: Die Verwendung von „so tun als ob Kosten“ ist sinnvoll für betriebsindividuelle Planungen. Für die Untersuchung – und öffentliche Darstellung – der Wirtschaftlichkeit von Betrieben führen sie sowohl die Bauern wie auch die Öffentlichkeit in die Irre.

Onno Poppinga  
emeritierter Prof. der Agrarwissenschaften  
Fachgebiet Landnutzung und regionale  
Agrarpolitik



Foto: Herzog

**Millionengelder für Massentierhaltung**

In Deutschland sind in den Jahren 2008 und 2009 jeweils über eine Milliarde Euro an Agrarsubventionen in die industrielle Massentierhaltung von Schweinen und Geflügel geflossen. Das ergaben Recherchen des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Demnach wurden davon pro Jahr rund 950 Millionen für den Anbau von Futtermitteln für Mastschweine, Masthühner und Puten ausgegeben. Der Bau großer Mastanlagen wurde im Jahr mit durchschnittlich etwa 80 Millionen Euro bezuschusst. Knapp 20 Millionen Euro gingen jährlich, meist in Form von Exportsubventionen, direkt an die zehn größten Schlachtfirmen, berichtet der BUND. Die meisten Subventionen für neue Geflügel- und Schweinemastanlagen im Jahr 2008 flossen mit rund 26 Millionen Euro an Unternehmen in Sachsen. 2009 erhielten bayerische Schweine- und Geflügelmastbetriebe mit rund 20 Millionen Euro das meiste Geld, so der BUND. mh

## Allgäuer Milchbauern streiken

Etwa hundert Milchbäuerinnen und -bauern aus dem Ober- und Westallgäu haben einen Milchstreik begonnen. Ende August stoppten sie die Milchlieferrung an die Genossenschaft „Allgäuer Bergbauern-Milch Sonthofen-Schönau“. Der Grund für den Lieferstreik ist laut Berichten die Ankündigung von Allgäuland-Geschäftsführer Paul Ritter, voraussichtlich am 10. September kein Milchgeld auszahlen zu können. Die finanziell angeschlagenen „Allgäuland-Käseereien“ stehen zur Zeit in Fusionsabstimmungen mit dem Molkereikoncern „Arla Foods“. Nach Aussage einer Anwaltskanzlei, die die streikenden Lieferanten berät, hätten weit über hundert Bauern ihre Lieferungen an Allgäuland eingestellt. Allerdings hätten auf die von der Genossenschaft angekündigten „Gegenmaßnahmen“ auch schon einige wieder einen Rückzieher gemacht, so die Berichte. *mh*

## Chinas Bauern wandern ab

Angesichts der schlechten Verhältnisse für Bauern und einer massiven Trockenheit wandern viele von ihnen offenbar massenweise in die Industrie ab. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet von unbestellten Flächen in den Weizenanbauregionen und einer drohenden Getreidekrise. *pm*

### Rezepte für Faire Milch mit Pfiff:

#### Mango-Milch

100g getrocknete Mango (fair gehandelt aus dem Eine-Welt-Laden), eine Stunde in Wasser einweichen, aus dem Wasser nehmen und mit etwas Milch pürieren. Mit 1 bis 2 Liter Milch vermischen und mit dem Pürierstab aufschäumen. Ein süßer Traum!

#### Heidelbeer-Milch

Heidelbeeren mit Kirschsafte (oder anderem roten Saft) pürieren und sofort mit kalter Milch vermischen.

#### Kräuter-Milch

Eine Handvoll frische Kräuter aus dem Garten (z.B. Petersilie, Dill, Borretsch, Kapuzinerkresse, Basilikum) mit ca. einem Viertel einer Schlangengurke, Salz, Pfeffer und etwas Milch fein pürieren. Mit beliebig viel Milch aufgießen und kalt genießen. Sehr erfrischend und vitaminreich!

#### Karotten-Milch

Ein Viertelliter Karottensaft (eventuell mit Honig gesüßt) mit einem knappen Liter kalter Milch mischen. Gesund und lecker!

## AbL-Bundes-Mitgliederversammlung 2011 „Das dürfen wir uns nicht entgehen lassen!“

Die aktuelle Diskussion um die EU-Agrarreform, spannende Gesprächsforen und Referenten, heiße Debatten und gemütliche Abende: Die diesjährige AbL-Bundesmitgliederversammlung findet vom 11. bis 13. November 2011 in der Evangelischen Landjugendakademie in Altenkirchen/Westerwald statt. Die Junge AbL wird ihre Tagung am 10. und 11. November durchführen. Antragsschluss ist der 30. September 2011. Bitte den Veranstaltungstermin vormerken, Ersatzkräfte organisieren, frühzeitig Fahrkarten besorgen und/oder Fahrgemeinschaften bilden. Das genaue Programm wird in der Oktober-Ausgabe der Bauernstimme veröffentlicht. Mitglieder erhalten eine schriftliche Einladung.

*Wir sehen uns!*  
AbL-Bundesvorstand

Kurzes am Rande

## „Bauer sucht Verbraucher“

Von der Landesgartenschau in Kitzingen

Unter diesem Motto machte die AbL-Regionalgruppe Franken auf der Gartenschau in Kitzingen in Zusammenarbeit mit dem BDM, der Fairen Milch und „Wir für Vielfalt“ an mehreren Tagen im Sommer auf sich aufmerksam. „Wir für Vielfalt“ ist eine Initiative aus dem Raum Kitzingen, die sich seit 2008, ausgehend vom Protest gegen den Genmaisbau im Landkreis Kitzingen, für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Nutzpflanzenvielfalt engagiert. Die aus sechs Frauen bestehende Gruppe hatte u.a. schon Vandana Shiva, Percy Schmeiser und Josef Feilmeier zu Gast bei verschiedenen Info-Veranstaltungen. Den Tag der Milch, der auf der Gartenschau von der BMI (Bayerische Milch Industrie eG) am 1. Juni abgehalten werden sollte, wollten die Frauen von „Wir für Vielfalt“ nicht alleine der Milchindustrie überlassen. Sie organisierten gemeinsam mit dem BDM und der Fairen Milch eine „Gegenveranstaltung“. Die schwarzrot-goldene Kuh Faironika mit Euter zum Melken, Glocke, Melkschemel und Milcheimer begrüßte die Besucher am Stand.

Vom 3. bis 10. Juli zeigte „Wir für Vielfalt“ auf der Gartenschau in Kitzingen die Fotoausstellung „MenschMachtMilch“. Die Eröffnung mit Vertretern von BDM, AbL und den Grünen fand am 3. Juli statt. Besondere Gäste waren AbL-Landesvorsitzende Edith Lirsch mit Mann, die sich auf Franken-Urlaub befand und AbL-Regionalgruppenvorsitzende Isabella Hirsch aus Mittelfranken. Es gab wieder einen Infostand und Faire Milch zum Probieren, diesmal Geschmacksrichtung Heidelbeere und Banane. Trotz des schlechten Wetters auch an diesem Tag war die Stimmung bestens. An den letzten drei Tagen der Fotoausstellung hatte schließlich die AbL-Regionalgruppe Franken ihren Auftritt auf der Gartenschau. Direkt am Hauptweg machte eine lebensgroße Faironika auf die Aktion aufmerksam, die inmitten des romantischen Ambientes einer aufgelassenen Gärtnerei umgeben von alten und seltenen Nutzpflanzen stattfand. Auch einige BDM-Frauen aus der Region beteiligten sich wieder tatkräftig an der Aktion. Gemeinsam wurde Kräuter- und Karotten-



Mit Faironika und guter Laune informierten „Wir für Vielfalt“ auf der Gartenschau. Foto: Sachse

Dort gab es neben Infos zur Fairen Milch, zu AbL und BDM natürlich Faire Milch zum Probieren, u.a. als Mangomilch, hergestellt aus fair gehandelter Mango. Außerdem wurde vor Ort von einigen starken Frauen Butter von Hand geschüttelt und zu Kräuterbutter verarbeitet, die auf frischem Brot verkostet werden konnte. Die Probierraktion lockte viele der wegen des schlechten Wetters leider wenigen Besucher an. Gegen Mittag gab es dann einen fliegenden Wechsel in die Innenstadt, wo „Wir für Vielfalt“ den Empfang für die Bauernsternfahrt auf dem Platz der Partnerstädte organisiert hatte. Hans Plate und Alfred Greubel von der AbL Franken hatten 20 Schlepper aus der Region mobilisiert und so wurde die Veranstaltung zu einer eindrucksvollen Demonstration bäuerlichen Widerstands.

milch ausgeschenkt, die Faironika gemolken, mit Kindern und Erwachsenen Rätsel und Quizfragen zur Landwirtschaft gelöst, und viele Bauernstimmen unters Volk gebracht. Es konnten viele gute Gespräche mit Verbrauchern und Bauern geführt, Infomaterial verteilt und über die AbL informiert werden.

Alles in allem waren die Auftritte auf der Gartenschau in Kitzingen eine gelungene Gemeinschaftsarbeit von AbL, BDM und „Wir für Vielfalt“, die man bei nächster Gelegenheit auf jeden Fall wiederholen sollte. Allen Beteiligten noch mal herzlichen Dank für ihr Engagement. Es hat voll Spaß gemacht mit Euch!

*Edith Sachse*  
AbL-Regionalgruppe Franken  
und „Wir für Vielfalt“

**Betriebsspiegel:**

35 ha extensives Dauergrünland  
15 ha Klee gras, 8 ha Mais  
17 ha Getreide (Weizen, Triticale,  
Wintergerste)  
Blühstreifen, Sonnenblumenstreifen  
40 weibl. Kälber Zucht und Mast  
Ziel(120)

Am Anfang...ja wann war eigentlich der Anfang bzw. der erste Gedanke daran?

Ich weiß es nicht mehr. Es war auch nicht ein Gedanke, es waren viele – sehr viele. Sie hießen:

Arbeitsüberlastung, sinkende finanzielle Risikobereitschaft, Häufung von Krankheiten, abnehmende Arbeitskraft, steigende Kosten, Flächenkonkurrenz, andere Pläne der nächsten Generation, notwendig werdende Neu-

investitionen.....

Dies alles war in einem Mixbecher über mehr als drei Jahre. Immer wieder stockte der Mixer. Jede Zukunftsplanung hatte harte Brocken und viele Zweifel. Irgendwann stand der Mixer still und die Entscheidung fiel.

No milk today – Today war ein Donnerstag im April.

Zum Frühstück gab es Milch aus einer Tüte mit einer schwarz rot goldenen Kuh, wie sie oft in Lebensgröße bei uns an der Straße stand in den vergangenen Jahren. Außerdem war es weder vor, noch nach dem Melken. Das Frühstück fand zu der Zeit statt, zu der wir normalerweise im Melkstand standen. Ein ungewöhnlicher Start eines Tages. Am dem Vormittag kam kein Tierarzt, kein Besamungstechniker und kein

Vertreter. Mittags machte ich keine Brunstkontrolle, kehrte das Futter nicht hin, tränkte keine kleinen Kälber und kontrollierte nicht nach, ob die Milchleitungen sauber gespült sind. In Ruhe kochte ich Mittagessen – ich musste nicht einmal wegrennen dabei um schnell dies oder jenes zu erledigen. Als ich nachmittags mit den Kindern beim Zahnarzt saß, sah ich mich nicht unruhig im voll besetzten Wartezimmer um. Mir saß nicht die Uhr im Nacken, die das abendliche Melken anzeigt. Wir gingen anschließend sogar noch einkaufen. Zu der Geburtstagsfeier, zu der wir abends eingeladen wurden, kamen wir pünktlich. Keine frischmelkende Kalbin hat sich unter einem Aufgebot von drei Leuten strikt geweigert, den Melkstand zu betreten, und auch keine

Kuh hatte heute eine Strichverletzung. Als wir kurz vor Mitternacht heimkamen ging mein Mann nicht mehr in den Stall, um das Futter noch mal hinzuschieben und nach den Kühen, die am Geburtstermin waren, zu schauen. Es kalbte auch keine mehr. Wir durften das erste Mal ganz ohne Bereitschaftsdienst ins Bett gehen. Kein nächtliches Kuhgebrüll wegen eines kaputten Tränkebeckens, eines ausgebüxten Tieres oder sonst irgendwelcher Milchviehhalterkatastrophen. Am nächsten Morgen klingelte zwar der innere Wecker um 5:30 Uhr, aber wir konnten beide gemeinsam im Bett noch mal die Decke hochziehen, fast wie im Urlaub.

Inzwischen hat sich vieles eingependelt, die Tage sind neu strukturiert und wir sind dankbar für das Mehr an Lebensqualität. Die Trinkmilch holen wir inzwischen bei einem anderen Bauern, der keinen Soja füttert und der seine Kühe alle noch mit Namen kennt. Unser Stall füllt sich langsam wieder mit Tieren. Durch einen leeren Stall zu gehen war schwer. Was für mich geblieben ist, ist der ungeheure Respekt vor jedem Milchviehhalter, besonders vor den Bäuerinnen, die so vieles leisten und unter einen Hut bringen. Was noch geblieben ist, ist die Wut über die Politiker, Lobbyisten und landwirtschaftlichen Berater, denen das Recht auf Nahrungsmittelspekulation heiliger ist als das Recht auf Nahrung und die Menschen, die ohne Arbeit viel Geld verdienen mehr schützen als Menschen, die täglich hart arbeiten – weltweit.

Isabella Hirsch

## No milk today

Kuhglocken bimmeln, Schweine grunzten, Hühner gackerten. Der Vollmond hing noch am koboltblauen Himmel. Hinter der Hütte bildete sich bereits das Morgenrot. Dort klapperte das Melkgeschirr und Gummistiefel schlürften über den Asphalt. Auf der Alp da Schlans in Graubünden begann ein neuer Arbeitstag. Auf 1.800 Meter gibt es zwei Almen: „Sura und Giu“ – oben und unten, sagt man dazu auf Romanisch. Auf der oberen Alp hütete Alex Ditzl 120 Mutterkühe mit ihren Kälbern. Auf der unteren Alp stellten Kerstin Wolf, Sebastian Wolf und Maria Ehrlich Bergkäse her. Die vier damals Witzenhäuser Landwirtschaftsstudenten waren für eine Alpsaison deutsche Gastarbeiter in der Schweiz. Denn: Kaum noch Einheimische sind bereit, für eine Alpsaison auf ihre Berge zu klettern. 100 Tage am Stück schuften? Bis zu 16 Stunden oder mehr täglich, bei jedem Wind und Wetter? Für ein Monatsgehalt von 3.000 Franken brutto? „Nein“, sagen da die meisten unserer netten Nachbarn. Der Knochenjob auf der Alp ist in der renditebewussten Schweiz nichts mehr wert. Gäbe es die Niedriglohnregionen Deutschland, Österreich und Südtirol nicht, die Schweiz hätte ein Problem. Für die meisten der knapp 8.300 Schweizer Alpbetriebe könnten keine einheimischen Sennen und Hirten gefunden werden. Dringend braucht die Schweiz die Gastmelker: rund 2.000 dürften es diesen Sommer gewesen sein. Die Schweizer Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete vermittelt die Interessenten. Von den Älplern, die in die Berge gebracht wurden, waren 50 Prozent Gastarbeiter aus Deutschland. Maria, zum vierten Mal auf der Alp,



## Auf der Alp da gibt's kei Sünd'

war die Chefin von Alp da Schlans und als Sennerin für den Käse zuständig. Kerstin war Zusenin und half ihr. Sebastian molk die Kühe, schnitt Klauen, verstellte Zaunpfähle, schaufelte Kuschscheiße. Mit dem Melken wurde abgewechselt. Immer um halb fünf begann der Arbeitstag. Mit der Taschenlampe wurde zu allererst nach dem Vieh gesucht, das die Nacht über auf der Weide verbrachte. Dann: 70 Kühe melken, rund 600 Liter Milch schleppen und die Kühe wieder auf die Weide treiben. Ab 15 Uhr noch einmal das gleiche Melk-Programm. Eine Kuh frisst am Tag eineinhalb Zentner Gras und säuft 60 Liter Wasser, im Sommer werden daraus täglich 20 Liter Milch. Jeden zweiten Tag wurde geakaast. Dazu wurde die Milch im großen Kupferkessel erwärmt. Lab und Käsekulturen dazu, bis die frische Alpenmilch dick wurde. Eine Käseharfe zerstückelte den Käsebruch. Rühren und

noch einmal erwärmen waren die nächsten Arbeitsschritte. Dann versanken Kerstins Arme ellbogentief in der Milch, beide Hände hielten je einen Tuchzipfel, zwischen die Zähne waren die zwei anderen Enden geklemmt. So holte sie den Bruch aus der Molke hoch, der sogleich in Formen gepresst wurde. Nach zwei Wochen im Salzbad kamen die Laiber in den Käsekeller. Dort mußten die Käse täglich gepflegt werden, das hieß: mit Salzlauge einschmieren. Ein Käselai b wiegt fast zehn Kilogramm. An die 200 Käse mußten täglich gewälzt werden. Für die Handgelenke eine Schinderei. Sehr viel Zeit wurde auch mit dem Sauberhalten und Putzen der Geräte und Räume verbracht. An manchen Abenden wurde es nach elf Uhr, bevor die Truppe zu Bett kam.

„Eine Alp ist eine große Verantwortung, man steht ständig unter Druck“, wußte Sebastian. Denn: Wenn der Alm-

bauer einen Teil seiner wertvollen Rinderherde – sein Betriebskapital – für einige Monate einer Sennerin oder einem Hirten anvertraut, dann muss er sich auf diesen Menschen voll verlassen können. In den hundert Tagen auf der Alp hatte die Truppe vier Tonnen Käse erwirtschaftet – und brachte sich krumme Rücken mit nach Hause.

Petra Jacob

Berichterstatterin von der Alp

**Betriebsspiegel:**

Genossenschaftsalp da Schlans in Graubünden,  
70 Milchkühe,  
120 Mutterkühe mit Kälbern.  
Käseproduktion für den Eigenbedarf der Milchbauern

# „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“

Seit zwei Jahren passen die Interessen von Bürgerinitiativen und Bauern gut zusammen

Eine Welle neuer Agrarfabriken mit jeweils Zehn- oder Hunderttausenden Plätzen für Geflügel oder mit Tausenden von Schweinen schwappt in immer neue Regionen – und eine noch stärkere Welle von Bürgerinitiativen geht seit zwei Jahren im Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ erfolgreich dagegen an. Den Mitgliedern geht es um Gesundheit und regionale Lebensqualität, um das Überleben der Höfe und den Tierschutz, um Tourismus und Immobilienwerte, um Umwelt- und Klimaschutz, um die Belange der armen Länder und um die Ablehnung von Gentech-Soja-Importen. Viele Akteure entdecken die agrarindustriellen Zusammenhänge und Lobbystrukturen und mischen sich bewusst ein bei der Gestaltung der Agrarpolitik zugunsten bäuerlicher Strukturen – bei der Demonstration in Berlin wie bei der Sternfahrt. Die Belange dieser Bewegung decken sich überraschend stark mit den Interessen bäuerlicher und mittelständischer Betriebe und bieten neue Chancen für eine aktive Gestaltung der Agrarpolitik.

## Ruinöse Agrarindustrialisierung

Die agrarindustriellen Entwicklungen stoßen an Akzeptanz-, Markt- und Struktur Grenzen: Die Weltmarktstrategie der Schlachtkonzerne und die dafür angereizte Überschussproduktion führt zu dauerhaft ruinösen Erzeugerpreisen, verstärkt durch die Konkurrenz der brasilianischen und US-Fleischkonzerne vor allem um den russischen Markt, den Russland in einigen Jahren ohnehin selbst versorgen will. Der Verdrängungskampf der oligopolistischen Geflügelkonzerne Wesjohann, Plukon, Rothkötter und Sprehe um die Vorherrschaft führt zu ruinösen Überschüssen. Die Übernahme des Stolle-Konzerns durch den Finanzinvestoren-Konzern Plukon ist hierbei wohl nur ein erster Fall. Von den abhängigen Vertragsmastern schreibt – angesichts überfüllter Märkte und explodierender Futterkosten – neuerdings kaum noch einer schwarze Zahlen.

In dieser Situation sehen einige Agrarindustrielle die zweifelhafte Chance, durch Übernahme und Neubau von Stallanlagen ihre Position für die Zeit zu stärken, wenn sie viele der mittelständischen Betriebe vom Markt verdrängt haben. Bereits jetzt geschieht die Schweinemast nach Einschätzung von Kammerberatern zu einem Drittel in Form von versteckter Lohnmast für Futtermittelfirmen oder Tierärzte. Vor allem in Ostdeutschland breiten sich Schweinekonzerne mit Hilfe der Politik weiter aus, wobei Futtermittel- und Genetik-Konzerne diesen Bereich zunehmend kontrollieren. Es droht eine Konzernkontrolle der Land-

wirte und der Tierhaltung wie in den USA, wenn jetzt nicht das Motto „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ in die Tat umgesetzt wird. Die Aussichten dafür sind günstig, man muss sie aber aktiv nutzen. Nicht nur die starke Präsenz in den Medien zeugt von der Stärke dieser bundesweiten Bewegung: Neben der praktischen Verhinderung zahlreicher Agrarfabriken im Vorfeld der Antragstellung oder danach auf dem Rechtsweg verzeichnet sie auch beachtliche politische Teilerfolge: Keimschutz – Brandschutz – Agrarreform.

Unter dem Druck von Bürgerinitiativen und Wählern haben vor allem CDU-Landräte in den viehdichten und zunehmend agrarindustriell geprägten Landkreisen im Weser-Ems-Raum die Reißleine

erfestere Baustoffe, mehr Türen, Brandmelder und Löschvorgaben ist diese gesetzliche Forderung nicht erfüllbar. Eine aktive Rettung von Tieren ist nur möglich in kleineren Ställen mit mehr Platz für die Tiere, die zudem Auslauf gewöhnt sind. Überlegungen der Landkreise und der Politik, auf die angeblich sowieso unmögliche Tierrettung zu verzichten, die Tiere somit als brennbare Brandlast einzukalkulieren und die Bauordnungen entsprechend zu verändern, werden auf massiven Widerstand stoßen.

Dabei gibt es ohnehin einen Druck in Richtung bäuerlicher Ställe aus Richtung des Tierschutzes. Die EU hat bereits vor etlichen Jahren durch Richtlinien eingefordert, dass Tiere mehr Platz brauchen, dass

## MRSA-Keime in der Abluft

Über eine massive Resistenz von Staphylokokken gegen Desinfektionsmittel, parallel zur Resistenz gegen Antibiotika, berichtete der Prof. Uwe Rösler (Institut für Tier- und Umwelthygiene der FU Berlin) bei einer Tagung in Herzlake. Bei einem Versuch zeigte sich die Resistenz bei neun von zehn Bakterienstämmen, so die Fachzeitschrift *DGS Magazin*. Er berichtete auch über das aktive Eindringen von Salmonellen in die Wurzeln von Futterpflanzen, über die Verbreitung von Erregern über Vögel und die Ausbreitung von Keimen über die Abluft von Ställen. Ein vom Bundeslandwirtschaftsministerium gefördertes Verbundprojekt „Vorkommen von MRSA in der Stallluft und Abluft von Tierhaltungsanlagen“ schätze derzeit die Emissionsfrachten bei Schweineställen ab, ab Herbst 2010 untersuche man auch Geflügelmastbetriebe. Beim 79. Fachgespräch über Geflügelkrankheiten in Hannover berichtete Prof. Havez (Institut für Geflügelkrankheiten der FU Berlin), dass bei einer Untersuchung in Putenställen MRSA in 18 von 20 Betrieben gefunden wurde und bei 38 % der Personen. Staphylokokken aus der Luft von Mastgeflügelanlagen fand Dr. Jochen Schulz (TiHo Hannover) noch in 500 Metern Entfernung. en



Proteste gegen Massentierhaltung stützen sich auf ein breites gesellschaftliches Bündnis. Foto: Niemann

gegen den Bau neuer Agrarfabriken gezogen: Bei Bauanträgen gemäß Bundes-Immissionsschutz-Gesetz (mit mehr als 1.500 Schweinemastplätzen, 560 Sauenplätzen oder 20-30.000 Hühnern) verlangte der Kreis Emsland als erster die Vorlage von Gutachten hinsichtlich der Verbreitung von gesundheitsgefährdenden Keimen aus diesen Großanlagen. Dies kommt derzeit einem Genehmigungsstopp gleich, weil Gutachten zum Ausschluss einer Gesundheitsgefährdung der Anwohner trotz neu vorliegender VDI-Richtlinie schwer zu erstellen sind. Dies gilt übrigens auch für viele agrarindustrielle „Freiland“- oder „Bio“-Großanlagen“ bspw. der Eskildsen- oder Tiemann-Konzerne mit jeweils mehreren Zehntausend Hühnern...

Auch die von niedersächsischen Landkreisen geforderte Vorlage von Brandschutzgutachten verteuert und hemmt derzeit den Bau neuer Großanlagen. Schließlich verlangen die Bauordnungen aller Bundesländer neben der Rettung von Menschen auch die Evakuierung von Tieren aus brennenden Ställen. Mit Vorschriften für feu-

Schnäbel und Ringelschwänze nur in Ausnahmefällen kupert werden dürfen und dass Schweine Zugang zu Stroh haben müssen. Die EU-Kommission mahnt bereits diejenigen EU-Länder ab, die quasi alle Tiere als „Ausnahmefälle“ deklarieren. In der neuen EU-Agrarreform könnte die Einhaltung dieser Vorschriften eine der Voraussetzungen für Direktzahlungen werden – so dass auf diesem Gebiet EU-weit keine Wettbewerbsverzerrung mehr möglich wäre. Auch ein vorgeschriebener Anteil von Leguminosen (stickstoff-sammelnden Eiweiß-Futterpflanzen) würde Bauernhöfe zu Lasten von Agrarfabriken stärken und Gensoja-Importe ersetzen.

## Artgerecht geht nur auf Bauernhöfen

Der Tierschutzplan der niedersächsischen Landesregierung nimmt diesen Druck der EU und der deutschen Öffentlichkeit auf und will Tierschutzmaßnahmen – auch gegen den Widerstand der Agrarindustrie- und Bauernverbandslobby – in den nächsten Jah-

Fortsetzung auf Seite 11 oben

## Fortsetzung von Seite 10 unten

ren umgesetzt sehen. Dass dies möglich ist, beweisen nicht nur die vielen Betriebe mit ökologischer Tierhaltung oder die Markenprogramme mit artgerechter Tierhaltung – sondern in Zukunft auch die Betriebe, die für das „Silberne oder Goldene Tierschutzsiegel“ arbeiten. Nur gestresste Tiere ohne genügend Platz, Stroh und Auslauf kannibalisieren sich gegenseitig – eine Haltung auf Stroh, mit Platz und Auslauf ist in Großanlagen nicht möglich – ein Verbot bisheriger Haltungsbedingungen (mit einem entsprechenden Umbauprogramm) bewirkt den Vorrang mittelständischer Bauernhöfe.

## Keine Privilegierung für Agrarfabriken

In die gleiche Richtung wirken die politischen Initiativen zur Begrenzung der Privilegierung des Bauens im Außenbereich. Dieses eigentlich den Landwirten mit eigener Futterfläche vorbehaltenes Recht nutzen in den letzten Jahren auch flächenlose gewerbliche Großbetriebe über eine – eigentlich als Ausnahmeregelung gedachte – Sonderregelung in § 35.1.4. des Bundesbaugesetzbuchs. Landkreise wie Aurich genehmigen solche Anlagen nicht mehr. Anträge wie die der Grünen oder SPD zur Streichung dieses Paragraphen könnten zu-

künftig durchaus eine Mehrheit im Bundestag erreichen – wobei Sonderregelungen für flächenarme kleinere Tierbestände dazu gehören sollten.

Der Landkreistag will offenbar zunächst über eine Öffnungsklausel im Bundesbaugesetz den einzelnen Bundesländern Raum für eigene Regelungen geben. Niedersachsen plant hierbei eine generelle Höchstgrenze von 40.000 Masthühnern oder 2.000 Mastschweinen sowohl für gewerbliche als auch für landwirtschaftliche Betriebe – die bisher geplante Beschränkung dieser Regelung auf viehdichte Landkreise (mit mehr als 2 GV je ha) wird sich nur schwer halten lassen. Manche Landkreise oder Länder setzen ergänzend auf Raumordnungsverfahren bei Großanlagen oder auf den vorgeschriebenen Filter-Einbau (an einer Vorschrift für Filter als „Stand der Technik“ arbeitet die EU).

## Menge – Preise – Akzeptanz

Alle diese Maßnahmen tragen nicht nur zur Akzeptanz der Landwirte bei, sie führen auch automatisch zu einem Abbau der erzeugerpreisdrückenden Überschüsse. Was holländische Bauernverbände über eine Quotierung der Schweinefleischherzeugung erreichen wollen, geschieht hier mit gesellschaftlicher Akzeptanz. Und auch weitere Entwicklungen werden EU-weit zur Begrenzung der Agrarfa-

briken und zu einer artgerechteren Tierhaltung auf Bauernhöfen beitragen: Die Begrenzung des Antibiotika-Einsatzes vor dem Hintergrund bedrohlicher MRSA-Resistenzen, die Förderung einer Eiweißstrategie mit heimischen und betriebseigenen Futtermitteln, die Deklaration der Haltungsbedingungen auf den Verpackungen, Volksbewegungen wie „Megastallen nee“ in Holland, Resolutionen Tausender Wissenschaftler gegen Agrarfabriken, die Kampagnen im Rahmen von „Meine Landwirtschaft“, viele praktische Beispiele artgerechter Tierhaltung auf Bauernhöfen und viele Verbraucher, die das jetzt schon beim Einkauf honorieren.

Viele Bauern reagieren auf die derzeitige Krise der agrarindustriellen Tierhaltung mit verständlicher Angst vor weiteren Änderungen. Deshalb findet die Frontbildung des Bauernverbands gegen die neue gesellschaftliche Debatte immer noch eine gewisse Resonanz. Aber ein agrarindustrielles „Weiter so“ ist wirtschaftlich perspektivlos für die allermeisten Bauern und führt zudem ins gesellschaftliche Abseits. Die Bewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ schafft neue Chancen und Perspektiven für eine bäuerliche Landwirtschaft – und damit für ganz viele Bauern. Sie alle sollten ihre Interessen genau hier aktiv vertreten und einbringen! *en*

## Mit Gold- und Silber-Siegel für Tierschutz

Tierschutz auf Raten. Hohe Standards dienen den Tieren, stehen aber den Unternehmensinteressen im Weg

Bei einer Göttinger Tagung stellten Vertreter von Agrarökonomie, Tierschutz, Neuland und Unternehmen im Juni ein Tierwohllabel für Schweine und Masthühner vor. Überraschend kündigten Deutscher Tierschutzbund, Neuland, VION-Fleischkonzern, COOP-Handelsgruppe sowie die Erzeugergemeinschaften Neumünster und VzF (Niedersachsen) an, ab Herbst Schweinefleisch mit einem Tierschutzsiegel zu erzeugen und zu verkaufen.

## Zwei Standards

Ein hochpreisiges „Goldsiegel“ wird dem Neuland-Standard mit Strohhaltung und Auslauf entsprechen, ein „Silbersiegel“ mit mäßig erhöhten Preisen soll deutliche Verbesserungen gegenüber dem gesetzlichen Standard gewährleisten – hinsichtlich Tierschutz-Indikatoren, Kastration, Kupierverbot (nach „Übergangszeit“), Platz, Stallklima und „Strohbereitstellung“ in Teilbereichen der Buchten.

Die vom Tierschutzbund vergebenen Siegel sollen mit ihrem „Einstiegsniveau“ einen begrenzten, aber breiteren Tierschutz bringen und den Markt von ca. 20 Prozent Käufern mit Zahlungsbereitschaft für hö-

here Tierschutzstandards zwecks höherer Wertschöpfung abgreifen. Handelsunternehmen müssen neben der „Silber“-Ware mindestens ein „Gold“-Produkt listen.

## Erste Reaktionen der Branche

Verhandlungen des Tierschutzbunds mit zwei Masthühnerkonzernen laufen noch. Angesichts öffentlicher Kritik an seinen Tierhaltungspraktiken kündigte der Wesjohann-Konzern jetzt an, neben seinem „Wiesenhof“-Programm eine Marke „Privat-Hof“ mit besseren Tierschutzstandards einzuführen und dafür später das Siegel des Tierschutzbunds zu beantragen. Differenzen gibt es offensichtlich noch hinsichtlich des Platzangebots, der maximalen Gewichtszunahme und des Kalscharr-Raums beim Silberlabel.

## Diskutierte Kritikpunkte

Es fehlen Tierzahlbergrenzen wie bei Neuland, so dass Bürgerinitiativen auch weiterhin gegen Emissionen vorgehen würden, bäuerliche Betriebsstrukturen nicht selbstverständlich seien und sogar massiv unter Druck gerieten. Skandale in den agrarindustriellen Bereichen der beteiligten Schlacht-



Tierschutz mit einem, zwei oder drei Sternen: Beter Leven aus den Niederlanden.

und Geflügelkonzerne würden auch auf deren „Siegel“-Produkte abfärben. Mastbetriebe müssten zwar vollständig umgestellt werden, die Ferkel könnten aber weiterhin von agrarindustriellen Sauenhaltern kommen. Beim vergleichbaren VION-Programm „Beter Leven“ in Holland kämen die Mäster nicht auf ihre Kosten, auch beim deutschen Siegel fehlten Preisgarantien und eine Interessenvertretung der Landwirte. Das Siegel ersetze nicht die alsbald anstehende Durchsetzung einer flächendeckend artgerechten Tierhaltung. *en*

### Feinstaub aus Geflügelanlagen

Ein niederländisches Monitoring-Programm zur Luftqualität hat in der Umgebung zahlreicher Großställe eine Überschreitung der Feinstoffbelastung an bis zu 178 Jahrestagen festgestellt. Mit der Verbreitung von lungengängigem Feinstaub dürfte auch eine Belastung der Anwohner durch Keime, Mikroorganismen und Schadgase einhergehen. In den Niederlanden wird daher laut *agriholland* der verpflichtende Einsatz der „besten verfügbaren Technik“ bei Filtern erwogen. Die deutsche Agrarindustrie-Lobby dagegen verhindert immer noch den Einsatz von funktionsfähigen Abluft-Filtern in Groß-Geflügel-Anlagen – diese seien nicht „Stand der Technik“. *em*

### Weniger ist mehr

Die Konkurrenz um Futter und Wasser ist nach Einschätzung des Geflügelexperten Hagen Müller (Firma Wimex) in der Masthühnerhaltung eine Hauptursache für die gegenseitigen Verletzungen der Tiere und der daraus folgenden Kontaktdermatitis: „Weniger ist oft mehr“ – so sein Ratschlag im *Landwirtschaftlichen Wochenblatt Westfalen-Lippe* in Bezug auf die Besatzdichte an Tieren je Quadratmeter und hinsichtlich der Tierzahl je Tränkenippel und Trog. *en*

**Voraussichtlich am 12. Oktober will die EU-Kommission ihre Gesetzesvorschläge zur Reform der EU-Agrarpolitik vorlegen. Einige erste Vorentwürfe sind durchgesickert. Aus der Obergrenze wird demnach nun eine Staffelung mit Obergrenze, wobei die vollen Lohnkosten kürzungsmindernd anrechenbar sein sollen. Dazu hat die AbL bereits mit einem Papier reagiert, aus dem wir hier Teile wiedergeben (S. 12). Zu den von der Kommission angedachten Greening-Vorgaben sowie weiteren Vorschlägen nimmt zudem der AbL-Vorsitzende Graefe zu Baringdorf im Interview Stellung (S. 13). Man darf gespannt sein, was genau die Kommission schließlich vorlegen wird.**



## Bäuerliche Arbeit als ein Maßstab der Zahlungen

Zum Vorschlag der EU-Kommission zur Staffelung der Direktzahlungen fordert die AbL deutliche Nachbesserungen

Im Rahmen der bevorstehenden Reform der EU-Agrarpolitik für die Jahre 2014 bis 2020 schlägt die EU-Kommission vor, die Direktzahlungen pro Betrieb und Jahr in der Höhe nicht mehr unbegrenzt zu zahlen. In einem durchgesickerten Vorentwurf von Mitarbeitern der Kommission wird vorgeschlagen, die Basisprämien oberhalb von 150.000 Euro pro Betrieb progressiv zu kürzen und bei 300.000 Euro eine Obergrenze einzuziehen (s.u.). Allerdings sollen die Betriebe ihre vollen Lohnkosten von der Kürzung ausnehmen können. Bei der betroffenen Basisprämie ist der Prämienanteil von 30 Prozent, der für die Honorierung von neuen „Greening“-Anforderungen vorgesehen ist, nicht enthalten; dieser Prämienanteil soll ungestaffelt bleiben.

### Entwurf der Staffelung

Der Entwurf sieht folgende Kürzungen der Basisprämie vor:

- 20 Prozent zwischen 150.000 und 200.000 Euro,
- 40 Prozent zwischen 200.000 und 250.000 Euro,
- 70 Prozent zwischen 250.000 und 300.000 Euro,
- 100 Prozent über 300.000 Euro (Obergrenze).

Betroffene Betriebe können die Kürzung vermindern, indem sie tatsächliche Lohnkosten nachweisen. Anrechenbar sind sämtliche Ausgaben vom Vorjahr für Löhne und Gehälter und Ausgaben für Sozialversicherungen und Lohnsteuern. Diese Lohnkosten werden vom Ausgangsbetrag der Basisprämie abgezogen, bevor die Kürzungen ansetzen.

### Forderungen der AbL

Der AbL-Bundesvorstand begrüßt in einem Papier, dass die EU-Kommission offenbar eine Staffelung der Direktzahlungen und die Berücksichtigung des Fak-

tors Arbeit vorschlagen will. Ungeachtet der Ausgestaltung des konkreten Vorschlags sei das ein wichtiger Schritt. Die Kommission greife damit eine langjährige Forderung der AbL im Grundsatz auf. In der konkreten Ausgestaltung sieht die AbL aber im Vorschlag der Kommission erhebliche Schwächen und fordert deutliche Nachbesserungen:

1. Die Staffelung setzt bei zu hohen Basisprämien ein. In Deutschland bleiben damit 99 Prozent aller Betriebe von der Staffelung unberührt, so dass in diesem Bereich die Anreize zum Abbau von Arbeitsplätzen ungemindert bestehen bleiben. Der AbL-Bundesvorstand schlägt vor, die Staffelung deutlich unter 100.000 Euro beginnen zu lassen und die Obergrenze bei mindestens 150.000 Euro einzuziehen.

2. Die von der Staffelung betroffenen Betriebe können 100 Prozent ihrer Lohnkosten kürzungsmindernd anrechnen. Oberhalb der Obergrenze führt das dazu, dass bei diesen Betrieben die gesamten Lohnkosten voll aus den Direktzahlungen bezahlt werden. Um Kürzungen zu vermeiden, wird es hier lukrativ, Arbeitskräfte einzustellen, ohne wirkliche marktfähige Wertschöpfungsbereiche aufzubauen. So würde die Regelung zu einer fragwürdigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für einige wenige Großbetriebe. Das lehnt die AbL ab. Der AbL-Bundesvorstand schlägt vor, dass die von der Kürzung betroffenen Betriebe maximal 50 Prozent ihrer sozialversicherungspflichtigen Lohnkosten kürzungsmindernd in Ansatz bringen können. Die Betriebe sollen ein wirtschaftliches Interesse bekommen, Betriebszweige zu stärken oder zu eröffnen, die Wertschöpfung für den Betrieb und somit für den ländlichen Raum generieren.

3. Einen Arbeitskraftbezug sieht die Kommission bisher nur in Verbindung mit der Obergrenze vor, so dass für den Großteil der Betriebe – und für Länder mit einer kleinstrukturierten Landwirtschaft – keine

Möglichkeit vorgesehen ist, arbeitsintensive Betriebszweige positiv in Ansatz zu bringen. Weil aber auch unterhalb der Kürzungs- und Obergrenzen die Direktzahlungen arbeitsintensive Betriebszweige benachteiligen, ist es in den unteren Prämienbereichen notwendig, den Arbeitseinsatz zu berücksichtigen. Der AbL-Bundesvorstand schlägt vor, dass den Mitgliedsstaaten und den Bundesländern das Recht eingeräumt wird, eine weitergehende Regelung mit dem Ziel zu erlassen, dass unterhalb der vorgesehenen Staffel- und Obergrenzen bei den Direktzahlungen die betrieblichen Arbeitskräfte bzw. der Arbeitszeitbedarf berücksichtigt werden können. Die AbL betont, dass die bäuerliche Arbeit wesentlich die Qualität der Landwirtschaft bestimmt. Nicht der Flächenbesitz ist ein Wert, der über die Direktzahlungen honoriert werden sollte, sondern die mit bäuerlicher Arbeit verbundenen gesellschaftlichen Leistungen. Das gilt natürlich für alle Betriebe.

### Es geht

Die Arbeitskraft zu einem bestimmenden Faktor zu installieren ist verwaltungstechnisch sehr wohl durchführbar. Das zeigt die Umstellung der Beitragsgestaltung zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung, die von den deutschen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften derzeit vollzogen wird. Die Berufsgenossenschaften berechnen die Beiträge, die die Betriebe

zahlen müssen, nicht mehr nach Flächenumfang, sondern nach einem Arbeitszeitbedarf, der für jeden einzelnen Betrieb nach kalkulatorischen Sätzen für verschiedene Produktionsverfahren ermittelt wird (s. *bauernstimme* 7-8/2011, S. 4). Diese Umgestaltung der Beiträge führt dazu, dass Betriebe mit arbeitsintensiven Betriebszweigen, insbesondere mit Tierhaltung, höhere Beiträge zahlen müssen, während vor allem reine Ackerbaubetriebe entlastet werden. „Das folgt dem Interesse der maßgeblichen Bauernverbände in den selbstverwalteten Berufsgenossenschaften, dass arbeitsintensive Betriebe höhere Beiträge einzahlen sollen“, so die AbL. Der eigentlich selbstverständliche Schluss, dass auch die Direktzahlungen nach denselben Kriterien auszuwerten, werde jedoch von diesen Bauernverbänden strikt abgelehnt. Das erscheine auf den ersten Blick widersprüchlich, folge aber wiederum deren Interessenlage, die Rationalisierung in der Landwirtschaft mit allen Mitteln voranzutreiben.

Die Kommission widerspreche mit ihrem Vorschlag, die Begünstigung der Rationalisierung bei großen Zahlungssummen zu begrenzen, im Ansatz dieser Interessenlage. „Es ist folgerichtig, dieses auch in unteren Prämienbereichen zu vollziehen“, so die AbL. Sie fordert die EU deshalb auf, den Mitgliedsstaaten und Bundesländern die Möglichkeit ausdrücklich einzuräumen. *uj*

### Ein Beispiel

Ein rationalisierter Ackerbaubetrieb mit 2.000 ha kommt bei einer zukünftigen Basisprämie (70 Prozent) von ca. 220 Euro/ha auf eine Basisprämie von 440.000 Euro. Bei nur 5 Arbeitskräften und einem Arbeitgeber-Brutto von durchschnittlich 40.000 Euro/AK/Jahr hat der Betrieb Lohnkosten von 200.000 Euro. Es verbleibt ein kürzungsrelevanter Betrag von 240.000 Euro. Die Kürzung bezieht sich nur auf die Beträge über 150.000 Euro, also werden zwischen 150.000 und 200.000 Euro 20 Prozent abgezogen (- 10.000) und von den hier 40.000 Euro über 200.000 Euro 40 Prozent (- 16.000). Der Betrieb hat also die Wahl, entweder 26.000 Euro Kürzung zu akzeptieren oder vorsorglich eine Teilzeitkraft mehr einzustellen. *uj*

# Im Konkreten droht die Kommission die Linie zu verlieren

Die durchgesickerten Vorentwürfe zur EU-Agrarreform bewertet der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

**Bauernstimme: Erste Vorentwürfe für die konkreten Verordnungsvorschläge zur Reform der EU-Agrarpolitik sind durchgesickert. Ist das Glas halb voll oder schon wieder halb leer?**

Graefe zu Baringdorf: Auf den ersten Blick finden sich einige zentrale Vorschläge der AbL in den Papieren wieder. Es ist eine Staffelung mit Obergrenze und Berücksichtigung der Arbeitskraft im Ansatz drin, das Greening wird nicht beliebig ausgestaltet und nicht auf Kosten der zweiten Säule bezahlt und es beinhaltet die Fruchtfolge als eine von drei vorgegebenen Anforderungen. In der konkreten Ausgestaltung aber sind die Vorschläge stark abgeschwächt, zum Teil sogar ins Absurde verdreht. Es sind Vorentwürfe, die schon einige Wochen alt sind, so dass noch Spielraum für Nachbesserungen vorhanden ist. Wir haben Agrarkommissar Dacian Ciolos aufgefordert, notwendige Änderungen noch vorzunehmen, bevor die Vorschläge veröffentlicht werden.

**Fangen wir mit der Staffelung der Direktzahlungen an. Ab 150.000 Euro pro Betrieb soll gekürzt werden, bei 300.000 wird ganz gekappt, wobei die vollen Lohnkosten des Betriebes kürzungsmindernd angerechnet werden. Was stimmt da nicht?**

Erstens wird mit der Kürzung und Kapung zu hoch angesetzt, es handelt sich ja um die Basisprämie, also um höchstens 70 Prozent der heutigen Direktzahlungen, die da begrenzt werden sollen. Wir hatten 150.000 Euro vorgeschlagen, aber nicht als Einstieg für die Staffelung, sondern als Obergrenze. Die Kürzungsschwellen müssen also deutlich unterhalb dieser absoluten Obergrenze von 150.000 gesetzt werden. Zweitens, und das ist fast noch wichtiger, ist es falsch, wenn die Betriebe, die von einer Obergrenze betroffen sind, ihre vollen Lohnkosten zu 100 Prozent anrechnen können, um die Kürzung zu mindern. Das kann bzw. wird dazu führen, dass solange Leute eingestellt werden, bis die Kürzung aufgehoben ist. Das ist Unsinn. Es muss ein wesentlicher Anreiz für den Betrieb vorhanden sein, Betriebszweige mit einer marktfähigen Wertschöpfung aufzubauen, die zur Honorierung eines wirtschaftlich sinnvollen Arbeitskräfteeinsatzes führen. Deshalb fordern wir, dass maximal 50 Prozent der Lohnkosten kürzungsmindernd anrechenbar sind.

**Aber schon heute beziehen rationali-**

**sierte flächenstarke Ackerbaubetriebe EU-Zahlungen, die ihre vollen Lohnkosten sogar um ein Vielfaches übersteigen.**

Das folgt der grundsätzlichen Logik der bisherigen EU-Agrarpolitik, dass die Betriebe am meisten von den Brüsseler Geldern profitieren, wenn sie Arbeitsplätze wegrationalisieren. So kommt es, dass heute ein rationalisierter 2.000 Hektar-Ackerbaubetrieb, der mit nur noch fünf Arbeitskräften auskommt, bei angenommenen 300 Euro Direktzahlung pro Hektar umgerechnet 120.000 Euro pro Arbeitskraft aus Brüssel zieht, während bäuerlich wirtschaftende Betriebe nur ein Zehntel davon pro Arbeitskraft bekommen. Mit ihrem Vorschlag bricht die Kommission bei den Großbetrieben mit der alten Logik der faktischen Rationalisierungsförderung und führt nun einen Bezug zum Faktor Arbeit ein. Dafür haben wir 20 Jahre lang hart gestritten. Auch wenn die Ausführung, wie die Kommission das umsetzen will, nicht hinreichend ist, so ist der Ansatz doch eine Umkehrung der alten Logik, allerdings nur für das eine Prozent Großbetriebe, die immerhin 30 Prozent aller Zahlungen erhalten. Auch hier muss die Kommission für die große Mehrheit der Betriebe nachlegen.

**Wie?**

Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten arbeitsintensiver bäuerlicher Wirtschaftsweisen gibt es auch unterhalb der diskutierten Obergrenzen. Wir fordern EU-Kommission, EU-Parlament und Agrarministerrat deshalb auf, den Mitgliedsstaaten und Bundesländern das Recht einzuräumen, über die vorgeschlagene Regelung hinauszugehen und auch für kleine und mittlere bäuerliche Betriebe einen Bezug zwischen Direktzahlungen und dem Faktor Arbeit zu schaffen. Dass das technisch geht, zeigen die vom Bauernverband dominierten Berufsgenossenschaften, die für jeden Betrieb jetzt den Beitrag zur Unfallversicherung nach dem kalkulatorischen Arbeitszeitbedarf des Betriebes berechnen, mit dem Ergebnis, dass dort die arbeitsintensiven kleineren und mittleren bäuerlichen Betriebe nun in die höchsten Beitragsbemessungen kommen und damit relativ die größten Beiträge zahlen.

**Kommen wir zum „Greening“. Laut Vorentwurf will die Kommission 30 Prozent der Direktzahlungen daran binden, dass der Betrieb auf dem Acker eine Mindestfruchtfolge einhält, Dauergrünland nicht umbricht**

**und 5 Prozent der Fläche als ökologische Schwerpunktläche ausweist.**

Die volle Prämienauszahlung aus der ersten Säule mit diesen Auflagen zu konditionieren ist vernünftig. Nur, wenn es im Konkreten tatsächlich zu den durchgesickerten Vorschlägen



AbL-Bundesvorsitzender: Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf Foto: Jasper

kommen sollte, bleibt diese Konditionierung in der Fläche wirkungslos. Es ist geradezu lächerlich, eine dreigliedrige Fruchtfolge zu fordern, in der eine Frucht 70 Prozent der Ackerfläche ausmachen darf. Die AbL hat bewusst eine Grenze von maximal 50 Prozent für eine Frucht vorgeschlagen, weil erst das in der Regel einen jährlichen Fruchtwechsel bedeutet. 50 Prozent sind nicht einfach nur 20 Prozent weniger als die 70 Prozent, sondern sie markieren den notwendigen qualitativen Sprung hin zu dem ackerbaulich sinnvollen jährlichen Fruchtwechsel. Genauso ist es mit der Anforderung, dass zwei weitere Früchte einen Mindestanteil von jeweils nur 5 Prozent umfassen müssen, und das sogar ohne nähere Bestimmung. Die AbL fordert verbindlich 20 Prozent Leguminosen in der Fruchtfolge, d.h. praktisch auf einer Fläche alle fünf Jahre. Alle Argumente sprechen dafür. Es ist falsch, wenn die Kommission sich darum drückt und heimische Eiweißpflanzen mit zusätzlichem Geld aus der zweiten Säule konkurrenzfähig machen will. Das hat schon bisher nicht geklappt und verschleudert außerdem wertvolle Haushaltsmittel.

**Apropos zweite Säule. Die Kommission will dort unter der Überschrift Risikomanagement offenbar eine neue**

**Form von Einkommensausgleich einführen. Die EU soll Fonds zur gegenseitigen Hilfe fördern, aus denen Bauern bei einem Einkommensrückgang um mehr als 30 Prozent im Vergleich zu drei vorangegangenen Jahren dann 70 Prozent des Ausfalls ausgeglichen wird.**

Davon halte ich nichts. Den Nachweis für solche Einkommensrückgänge für den Einzelbetrieb zu führen wird den großen Betrieben immer leichter fallen als kleineren bäuerlichen Betrieben. Wenn die Mitgliedschaft in solchen Fonds für die Betriebe faktisch verpflichtend wird, werden also die bäuerlichen Betriebe mehr einzahlen, als sie davon haben, auch weil das saisonale Betriebsrisiko bei diesen Höfen geringer ausgeprägt ist als bei agrarindustriellen Großbetrieben. Außerdem wirkt eine staatliche Absicherung von betriebswirtschaftlichen Risiken wie ein Anreiz, Risiken einzugehen und auf Vorsorge zu verzichten. Dringend verhindert werden muss aber auch, dass eine solche Risikoförderung finanziell zu Lasten der zweiten Säule geht. Wenn Mitgliedsstaaten das fördern wollen, dann muss das aus der ersten Säule bezahlt werden, aber mit nationaler Ko-finanzierung.

**Was ist, wenn die Kommission bei allen genannten Vorschlägen bleiben sollte? Bisher galt die Kommission im Vergleich zum EU-Parlament und besonders zum Agrarministerrat als fortschrittlicher.**

Bei der Staffelung und dem Greening hat die Kommission bisher die Vorschläge aus der gesellschaftlichen Debatte stärker aufgegriffen als Parlament und Rat. Dass aber die Kommission in der konkreten Ausgestaltung unter Druck gerät, zeigt, wie stark die Profiteure der bisherigen Prämienvergabe schon wieder Einfluss genommen haben. Wir werden sehen, was genau die Kommission im Oktober schließlich vorlegen wird. Ein wesentlicher Unterschied zu den letzten Reformen ist, dass der Prozess der Entscheidungen jetzt erheblich länger dauert, auch weil das Parlament diesmal die Mitbestimmung hat. Das heißt, uns bleibt auch mehr Zeit und Raum, auf die Entscheidungsträger einzuwirken. Unser Mittel dabei ist die öffentliche Auseinandersetzung. Die werden wir weiter führen. Ich bin überzeugt, dass die Entscheidungsträger nicht mehr einfach darüber hinweggehen können.

**Vielen Dank für das Gespräch** *uj*

# Agrarpolitische Mitgestaltung in Europa wächst

Einwöchiges Nyéléni-Forum zur Ernährungssouveränität in Österreich

Ernährungssouveränität ist ein sperriger Begriff. Früher jedenfalls. In den letzten Jahren hat es eine Bewusstseinsänderung dahin gegeben, dass wir selber über unsere Landwirtschaft entscheiden müssen. Das ist nicht nur bei Bäuerinnen und Bauern angekommen, sondern auch in vielen Initiativen in den Städten“, sagt Heike Schiebeck von ÖBV - Via Campesina Austria in einer Vorstellungsrunde auf dem Nyéléni-Forum im österreichischen Krems. Eine Woche lang haben rund vierhundert Teilnehmer aus vierunddreißig europäischen Ländern sich ausgetauscht und über gemeinsame Strategien diskutiert. Die Europäische Koordination Via Campesina, Attac und verschiedene österreichische Plattformen und Organisationen haben das Forum organisiert. Auf Initiative von Henrik Maaß, jAbL, ist eine deutsche Delegation unterschiedlicher Organisationen mit zwanzig Teilnehmern nach Krems gereist.

Auf die Frage, warum solch ein Forum wichtig ist, antwortet Patricia Dopazo von einer spanischen Entwicklungsorganisation: „In Spanien sind wir eine kleine Gruppe und wir denken, wir können nur wenig ausrichten. Aber wir sehen hier, dass so viele Menschen verschiedenster Initiativen und Organisationen überall in Europa an dem Thema arbeiten. Das macht Mut.“

Edith Lirsch, Vorsitzende der AbL in Bayern, ist in den Diskussionen aufgefallen: „Es ist deutlich geworden, dass eine bäuerliche und regionale Landwirtschaft in allen Ländern ein ganz wichtiger Punkt quer durch die Bevölkerungsschichten ist. Selbst in den USA, wo die Lebensmittelerzeugung in Konzernhand ist, arbeiten viele Organisationen zur Ernährungssouveränität. Das ist doch beeindruckend.“ Die Debatten auf europäischer Ebene sind hilfreich und informativ, aber auch gezeichnet von kulturellen und sprachlichen Unterschieden. Ansätze, die in Deutschland funktionieren, lassen sich nicht zwingend auf andere Länder übertragen und umgekehrt. Es braucht viel Zeit für Gespräche.

Das Nyéléni-Forum, dessen Namensgeberin eine afrikanische Frau ist, fand 2007 zum ersten Mal in Mali statt und ist eine weltweite Bewegung für eine selbstbestimmte Landwirtschaft und

Agrarpolitik. In Krems wird erstmalig in Europa das Nyéléni-Forum durchgeführt. Ein Ergebnis dieses Forums ist eine gemeinsame Deklaration, die die Grundzüge der Ernährungssouveränität aufzeigt. Wie die Gedanken auf dem Papier in die Praxis umgesetzt werden können, besprechen die Teilnehmer in fünf Arbeitsgruppen und mehr als zwanzig Schwerpunktgruppen.

## Gruppe Forschung

Unter dem Schwerpunkt „Forschung und Bildung“ diskutierte eine kleine Gruppe von Teilnehmern über Lösungsansätze zur Demokratisierung der Forschung. Die Mehrzahl der Teilneh-

mer heranzuführen. Durch praktische Bildung in Schulgärten und Kochkursen zum Beispiel, müsse Nahrung wieder zu einem zentralen Themenschwerpunkt der Bildung gemacht werden. Es ist in der Diskussion klar geworden, wenn wir was ändern wollen, dann müssen wir vor Ort in unseren Ländern anfangen.

## Gruppe Verteilungssysteme

Unsere Arbeitsgruppe startete von dem Ausgangspunkt, dass die jetzigen landwirtschaftlichen Produktions- und Verteilungssysteme Teil des Problems sind. Die Dominanz der Supermärkte und des (Groß-)Handels müsse zurückgedrängt

damit auseinandergesetzt, dass Ernährungssouveränität nicht das richtige Wort ist, um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Es braucht eine Art Übersetzungen. Etwa Ernährungssouveränität bedeutet faire Preise für Erzeuger, gesunde und angepasste Lebensmittel für Verbraucher oder einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt und vieles mehr. Die Frage war auch, wie bringt man die Informationen an die Bevölkerung außerhalb unserer Mitglieder? Die Menschen auf der Straße sollen als Vision zumindest, europaweit in diese Diskussion in Zukunft einbezogen werden. Es wurden Vorschläge gemacht, bestehende Aktivitäten in den Ländern zu bündeln und länderübergreifende Aktionen zu initiieren. Eine gemeinsame Aktionswoche hat sich als erste konkrete Initiative heraus kristallisiert. Wie viel von den Ideen in der Praxis umgesetzt werden können, ist noch schwer zu prognostizieren. Aber das Wissen um die Bewegungsarbeit in den anderen Ländern, das Austauschen von Visitenkarten nehmen alle Teilnehmer mit zurück in ihre Länder. Die Vernetzung ist im Gange.

## Ernährungssouveränität

In einer AbL-Pressemitteilung resümiert Bundesvorsitzende Maria Heubuch: „Diese Art der bäuerlichen und zivilgesellschaftlichen Kräftebündelung ist auf europäischer Ebene ein Novum. In Deutschland organisieren bereits seit Beginn diesen Jahres 37 Trägerverbände in der Kampagne ‚Meine Landwirtschaft‘ eine Bürgerbeteiligung zur Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik. Wir wollen dieses Feld nicht mehr der Agrarlobby überlassen, sondern Bäuerinnen und Bauern nehmen gemeinsam mit anderen Bürgern die Verantwortung in die Hand. Das ist Ernährungssouveränität in gelebter Form. Diese Bewegung muss uns auch auf europäischer Ebene gelingen. Das Nyéléni-Forum gibt dafür wichtige Anstöße.“

*Berit Thomsen, Jan-Hendrik Cropp, Gemüsebaukollektiv CSA Freudenthal (Abschnitt Verteilungssysteme), Nadja Flohr-Spence, Slow FOOD Deutschland (Abschnitt Forschung)*



Nyéleni-Forum: Ein reger Austausch zwischen Menschen aus ganz Europa.

Foto: Thomsen

mer beklagte, sich von den Prozessen der Forschung ausgeschlossen zu fühlen. Wünschenswert wäre, so die Teilnehmer, wenn Forschung – als eine Art Werkzeug – für alle Menschen zugänglich gemacht werde, um Allen zu helfen, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Gerade im Bereich der Agrarwissenschaften müssten vor allem Landwirte und Produzenten in die Forschung mit einbezogen werden, um gemeinsam mit Wissenschaftlern zukunftsfähige Alternativen zu finden. Auch müsse über die Finanzierung der Forschung nachgedacht werden – so kommt zum Beispiel ein Großteil der Finanzierung für Studien aus Industrie und Wirtschaft. Über die europäischen Bildungssysteme wurde ebenfalls heftig diskutiert. So wurde bemängelt, dass in der europäischen Bildungspolitik zu wenig getan werde, um Schüler und Studenten an Themen wie Nahrung und Landwirt-

und auf die durch sie erzeugten Missstände durch politische Aktionen aufmerksam gemacht werden. Immer mit dem Ziel, diese Systeme zu demokratisieren und in einer Region wieder selbst darüber bestimmen zu können: Was und für wen auf unserem Land produziert und wie es verteilt und verarbeitet wird. Wie diese alternativen Verteilungssysteme aussehen könnten, dafür gibt es eine Vielzahl an Erfahrungen in Europa. Um zur Verbreitung der Systeme und der Reflektion der bestehenden Projekte beizutragen, wurde es als wichtig empfunden, Konsumenten wie auch Bäuerinnen und Bauern mit den bestehenden Erfahrungen vertraut zu machen und bestehende Ausbildungsstrukturen zu nutzen oder neue zu schaffen, um das dafür nötige Wissen zu vermitteln.

## Gruppe Strategien

In der Arbeitsgruppe haben wir uns

Mehr Infos: [abl-ev.de/themen/fairer-welthandel/materialien](http://abl-ev.de/themen/fairer-welthandel/materialien)

# Alle Macht den Konzernen

Wo geht es hin in der EU-Saatgutgesetzgebung?

Olivier de Schutter, Sonderberichterstatter der UN für das Recht auf Nahrung, hatte bereits davor gewarnt, dass Patente und Sortenschutzgesetze Ernährungssicherheit und Biodiversität gefährden können. Trotzdem bewegt sich die EU in ihrem derzeit laufenden Prozess der Neuordnung der Saatgutgesetzgebung immer stärker in eine Richtung, die diese Gefährdungen Realität werden lassen. Während de Schutter schon vor zwei Jahren in einem Bericht empfahl, die Bauernrechte zu stärken, um ein Gleichgewicht zwischen den Rechten der Pflanzenzüchter und den Bedürfnissen der Bauern herzustellen, zeichnen sich derzeit eher gegenteilige Tendenzen ab. Nicht nur die Rechte der Bauern, sondern auch die Bedürfnisse der kleineren Unternehmen im Saatgutbereich – seien es nun kleinere Pflanzenzüchter oder Aufbereiter – werden in den Lobbybemühungen der großen Unternehmen in Brüssel missachtet. Unter dem Stichwort der Strukturverbesserung und Vereinfachung verkaufen die vermeintlichen Ver-

treter der Branche das, was nur einem bestimmten Teil ihrer Klientel nützt, an die Gesetzgeber. So ist zum Beispiel bereits klar, dass das bislang staatlich organisierte und kontrollierte System der Saatguterkennung zur Produktion von Z-Saatgut nicht nur in den bereits begonnenen Ansätzen, sondern unter Umständen in Gänze in die Hand privater Unternehmen abgegeben wird. Für die bäuerlichen Vermehrer und kleineren Aufbereiter und Züchter bedeutet das mit großer Wahrscheinlichkeit eine Kosten- und Aufwandsteigerung, die Manchen aufgeben lassen wird. Für Bäuerinnen und Bauern ist fraglich, wie es dann zukünftig um die Qualität von Z-Saatgut bestellt sein wird. Zumal gerade dieser Punkt ein Dauerbrenner in der Debatte um Saatgutwechsel und Nachbau ist. Die bereits jetzt von vielen Bäuerinnen und Bauern beklagten Unzulänglichkeiten teuren Z-Saatguts wären bei nicht amtlicher Zertifizierung noch schwieriger auszumachen und abzustellen. Ganz abgesehen von den sowieso heute schon begrenzten Möglich-

keiten, Schadensersatz geltend zu machen.

## Staat nach Bedarf

Wird auch die Sortenzulassung durch ein Entbürokratisierungsszenario genudelt, so wird das unter Umständen ebenfalls mit Verlusten bei den beschreibenden Merkmalen und der Qualität einhergehen. Bäuerinnen und Bauern müssen mehr oder weniger dem glauben, was ihnen die Saatgutfirmen anpreisen. Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer Niedersachsen kommen in einer Veröffentlichung im Saatgut-Magazin zu dem Schluss, dass „einige geplante Änderungen erhebliche Nachteile für Züchter und Landwirte mit sich bringen könnten.“ Speziell verweisen auch sie auf Wettbewerbsnachteile für kleine und mittelständische Züchter, Vermehrer und Saatgutanbieter im Vergleich zu Großbetrieben bzw. Konzernen.

Bäuerinnen und Bauern würden daraufhin wahrscheinlich häufiger zum Nachbausaatgut greifen. Es scheint, als verhält dabei ungehört, dass Gerhard Schilling, Vorsitzender im Bundesverband deutscher Saatguterzeuger, in einem Interview der *Bauernzeitung* auf die Frage: „Muss der Nachbau teurer werden?“ folgende Antwort gab: „Das wäre zu einfach. Den Königsweg haben wir noch nicht gefunden; grundsätzlich muss das Produkt Z-Saatgut so attraktiv werden, dass wir keinen Nachbau mehr brauchen.“ Die Lobbyisten der Saatgutindustrie in Brüssel wissen sehr wohl, was sie wollen, von dort hört man Forderungen nach der vollen Lizenzgebühr als Nachbaugebühr und der Abschaffung der Kleinerzeugerregulierung. Außerdem soll hier nun doch wieder der Staat durch öffentliche Stellen eingreifen und beim Erheben der Gebühren helfen. Staat muss da sein, wo ihn die Macht der Konzerne braucht, so wirkt das Ganze.

## Pflanzliche Monotonie

Gebraucht wird aus deren Sicht auch keine regionale Vielfalt mehr, weder an Unternehmen noch an Pflanzensorten. Die erst wenige Jahre alte Erhaltungssortenrichtlinie für die Zulassung von regionalen oder alten Sorten steht jedenfalls offenbar auch auf der Abschussliste der Saatgutindustrie. Zwar hat sie sicherlich ihre Schwächen und es lässt sich argumentieren, wenn man denn alles dereguliere, könne man doch auch alte Sorten einfach zulassen. Einhergehen würde das nur auch wieder mit Kosten durch nichtstaatliche Zertifizierungsunternehmen. Die sowieso schon in weiten Teilen von viel Idealismus und wenig finanziellen Anreizen getragene Saatguterhaltungsarbeit würde wahrscheinlich vollends unlukrativ. Stattdessen gäbe es dann ausgedehnte pflanzliche Monotonie auf dem Acker – wen interessiert es, Hauptsache die Kasse stimmt. cs



## Keine Patente auf Pflanzenzucht

Der Chemiekonzern Bayer CropScience habe nach eigenen Angaben in Argentinien die endgültige Zulassung für seine Herbizidtoleranz-Technologie für Sojabohnen durch das Landwirtschaftsministerium erhalten, berichtet *LifeGen.de*. Die Liberty-Link-Technologie mache Pflanzen tolerant gegen das Herbizid Glufosinat-Ammonium und ermögliche „eine effektive und umfassende Unkrautkontrolle“, so der Informationsdienst. Kurz zuvor hat das Europäische Patentamt dem deutschen Konzern ein umfassendes Patent auf die Züchtung von wichtigen Nutzpflanzen erteilt, die eine erhöhte Stressresistenz aufweisen (EP1616013), berichtet die internationale Koalition „no patents on seeds“. Das Patent verstoße gegen das Gesetz, insbesondere gegen das Verbot der Patentierung von Pflanzenzucht, kritisiert Christoph Then, Sprecher der Koalition. „Die Europäischen Patentgesetze müssen endlich verändert werden, damit solche Patente nicht mehr möglich sind. Außerdem muss das Patentamt einer unabhängigen Kontrollinstanz unterstellt werden.“ Das internationale Bündnis ruft zu einer Demonstration vor dem Europäischen Patentamt in München am 26. Oktober auf (siehe Seite 22). Nähere Informationen unter: [www.no-patents-on-seeds.de](http://www.no-patents-on-seeds.de) mh



Die Saatgutkonzerne wollen die Saatguterzeugung kontrollieren.

Foto: Saatenunion

## Genmais zugelassen

Neuer gentechnisch veränderter Mais von Monsanto zugelassen. Mitte Juni hat die Europäische Kommission den Genmais von Monsanto (MON89034 x MON88017) als Lebens- und Futtermittel zugelassen. Der Mais ist unempfindlich gegen das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat (Roundup) und produziert eine Mischung aus drei verschiedenen Insektengiften, von denen eines künstlich hergestellt worden ist, berichtet das Institut für unabhängige Folgeschätzung in der Biotechnologie (Testbiotech). Die Organisationen Testbiotech und GeneWatch UK haben die Europäische Kommission daraufhin aufgefordert, die Zulassung dieses Monsanto-Mais überprüfen zu lassen. Da weder die in der EU festgelegten Standards zum Schutz der Umwelt und Verbraucher noch die Vorschriften für die Überwachung möglicher gesundheitlicher Schäden beachtet worden seien, müsse die Marktzulassung widerrufen werden, so die Organisationen. *mh*

## Gensoja befürwortet

Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA befürwortet die Zulassung von zwei neuen Varianten gentechnisch veränderter Sojabohnen (Soja 356043 von Dupont/Pioneer und MON87701 von Monsanto), berichtet Testbiotech. Es handle sich um die ersten Fälle, bei denen auch die EFSA davon ausgehe, dass der Stoffwechsel der Pflanzen ungewollte Veränderungen aufweise. Für Testbiotech zeigen diese Fälle grundsätzliche Probleme der Agro-Gentechnik und der Risikobewertung durch die EFSA auf: „Die EFSA bezieht sich bei ihren Bewertungen auf Daten aus Freisetzungsvorversuchen der Industrie“, so das Institut. Dabei fielen bereits verschiedene ungewollte Veränderungen im Stoffwechsel der Pflanzen auf. Um das tatsächliche Risikopotenzial besser abschätzen zu können, hätten die genetische Stabilität und die Veränderungen der Inhaltsstoffe dieser Pflanzen unter definierten Umweltbedingungen in einem Stresstest untersucht werden müssen. „Durch das Insektengift Cry1Ac im Monsanto-Soja können Immunreaktionen wie Allergien erheblich verstärkt werden. Trotz entsprechender Bedenken von Experten der Mitgliedsländer, die unter anderem auf Befunde aus Blutuntersuchungen verweisen, verlangte die EFSA keine weiteren Untersuchungen“, kritisiert Testbiotech. *mh*

## Bunge gegen Syngenta

Eines der weltgrößten Getreidehandelsunternehmen, die Firma Bunge mit ihrer Hauptverwaltung im US-Bundesstaat New York, weigert sich, amerikanischen Farmern ihre Maisernte abzukufen, wenn diese die vom Schweizer Unternehmen Syngenta hergestellte gentechnisch veränderte Maisorte Agrisure Viptera benutzt hatten. Das Unternehmen begründet seine Entscheidung mit der unzureichenden Zulassung des gentechnisch veränderten Mais in China. Syngenta bezeichnet die Aktion als illegal. Sei der Mais doch in den Hauptexportregionen: Australien, Brasilien, Kanada, Japan, Mexiko, Neuseeland, den Philippinen, Korea und Taiwan zugelassen. Das Unternehmen bestätigte aber auch, dass eine Zulassung für China fehle. Hintergrund ist offenbar die Absicht von Bunge, seine Rolle als Maislieferant für China nicht zu riskieren. Neben Bunge bemühen sich auch ADM und Cargill, dem derzeit führenden Getreidehändler auf dem chinesischen Markt, dem französischen Unternehmen Louis Dreyfus, den laut Prognosen wachsenden Markt in der Volksrepublik nicht allein zu überlassen. *mn*

## Käfer überlebt Genmaisgift

Der Maiswurzelbohrer in Iowa hat Resistenzen gegen gentechnisch veränderten Mais der Firma Monsanto entwickelt, berichtet der Informationsdienst Gentechnik Ende August. Nach Bekanntmachung seien die Monsanto-Aktien um knapp vier Prozent gefallen. Die resistenten Käfer wurden von Entomologe Aaron Gassmann der Iowa State University auf vier Feldern entdeckt. Zwar handele sich noch um Einzelfälle, es sei aber gleichzeitig eine Warnung an die Landwirte, ihre Anbaupraxis zu ändern, so der Wissenschaftler. *mh*

Kurzes am Rande

# Füttern ohne Gentechnik

In Österreich ist das selbstverständlich

Milch und Fleisch aus gentechnikfreier Fütterung. Was in Deutschland immer noch ein Nischenprodukt darstellt, ist in Österreich schon seit einigen Jahren selbstverständlich. Zumindest in der Milchproduktion. Viele Futtermittelhersteller haben sich auf gentechnikfreies Soja spezialisiert. Gentechnikfreie Fütterung von Milchkühen ist eine Grundvoraussetzung in den Lieferverträgen der österreichischen Molkereien. So auch bei „Berglandmilch“. Der Milchverarbeiter gehört mit einer Menge von 1.150 Millionen Kilogramm Milch im Jahr zu den Milchriesen in Österreich. (Zum Vergleich: „Deutsches Milchkontor GmbH“ verarbeitet 6,7 Milliarden Kilogramm Milch im Jahr). Berglandmilch bietet seit drei Jahren nur noch gentechnikfreie Milchprodukte an. „Inzwischen wurde das flächendeckend von jeder österreichischen Molkerei umgesetzt“, erzählt der Sprecher von Berglandmilch, Georg Lehner. Auf dem österreichischen Markt sei das eine Möglichkeit, sich von ausländischen Konzernen abzugrenzen, begründet Lehner den Schritt zur Umstellung auf gentechnikfreie Fütterung. Dass dies auch in der

Schweineproduktion funktionieren kann, zeigt das österreichische Schlachtunternehmen „Oberndorfer-Fleisch GmbH“. In einem Projekt, das sich „IBO-Schwein“ („I bin aus Österreich“) nennt, vermarktet der Betrieb seit wenigen Monaten das gentechnikfreie Fleisch von insgesamt 65 österreichischen Schweinebauern. „Wir schlachten etwa 1.000 Schweine pro Woche, die ohne Gentechnik gefüttert werden. Und es werden jede Woche mehr“, erzählt Patrick Oberndorfer, der Sohn des Geschäftsführers. Die Mehrkosten der Schweinebauern für das gentechnikfreie Futter zahlt das Schlachtunternehmen. Die Kunden zahlen im Laden einen entsprechenden Aufschlag. „Theoretisch wäre es möglich, die gesamte österreichische Fleischproduktion auf gentechnikfreie Fütterung umzustellen“, ist Betriebsleiter Franz Oberndorfer überzeugt. Um dies umzusetzen, müsse die Politik eine Kennzeichnungspflicht für Milch, Fleisch und Eier durchsetzen. Sonst könne man die Mehrkosten für das gentechnikfreie Fleisch dem Verbraucher nicht weitergeben, so Oberndorfer. *mh*

# Fleisch vom Metzger

Ohne Gentechnik!

Der Betrieb von Holger Pfaffenberger in Partenstein im Spessart ist die erste handwerkliche Metzgerei in Deutschland, die das Logo „Ohne GenTechnik“ für ihre Produkte nutzen darf. Am 28. Juli bekam Pfaffenberger das Zertifikat im Rahmen einer kleinen Feierstunde überreicht. AbL-Mitglied Gerhard Sachs aus Pfaffenhausen, mästet für den Metzger Bullen – einer im Monat wird gebraucht.

Daneben verkauft die Metzgerei je Monat das Fleisch von etwa 40 Schweinen und einem Kalb – alles aus dem eigenen Schlachtbetrieb und alles von Bauern aus der Region. Pfaffenberger hatte bereits 2009 erstmalig mit „seinen“ Bauern Kontakt aufgenommen, um mit ihnen zu klären, was für sie notwendig sei, um auf gentechnikfreie Fütterung umzustellen. Gerhard Sachs produzierte zu dem Zeitpunkt bereits aus eigenem Interesse gentechnikfrei.

Ab Mitte des vergangenen Jahres wurde der ganze Prozess dann konkreter. Pfaffenberger begann, nach einer Zertifizierungsagentur zu suchen und erteilte schließlich der Firma Intertek (Leinfelden-Echterdingen) den Auftrag. Die Zertifizierung verläuft in erster Linie am Schreibtisch, anhand der Rezepturen von Pfaffenbergers Produkten werden Lieferscheine und Rechnungen kontrolliert. Zusätzlich wurden bei den Landwirten Futterproben genommen und im Labor auf gentechnisch veränderte Pflanzenbestandteile überprüft. Dass nicht nur „Luft getestet wurde“ fiel spätestens in dem Moment auf, als bei einer Futtermittelprobe gentechnisch veränderte Organismen gefunden wurden. So kam es, dass die Lammprodukte in der Metzgerei Pfaffenberger bisher noch nicht „Ohne Gentechnik“ verkauft werden. Deren Zertifizierung ist aber auf gutem Weg.



Holger Pfaffenberger (Mitte) mit Gerhard Sachs und Isabella Hirsch (AbL) vor der ersten handwerklichen Metzgerei in Deutschland, deren Produkte mit dem „Ohne GenTechnik“-Logo verkauft werden. Foto: Potthof

Christof Potthof  
GenEthisches Netzwerk

## Das Bauernopfer

Um ihre Kühe ohne Gentechnik zu füttern, organisieren ostfriesische Bauern den Futtereinkauf gemeinsam

Die Kühe fressen wie immer, sie geben Milch wie immer, alles ist wie immer – fast jedenfalls. Denn vor knapp zwei Wochen machte der Lastwagen aus Hude zum ersten Mal auf dem Hof der Familie Erchinger in Moormerland Halt. Gegen 11 Uhr kam er an, wenig später hatte er die acht Tonnen Kraftfutter ins Silo gepumpt. Seitdem bekommen die Kühe von Johanne und Christoph Erchinger nur noch Kost, die frei von Gentechnik ist. „Wir machen das aus Überzeugung“, sagt die Bäuerin. Erchinger, 45 Jahre, ist eine streitbare Vertreterin ihres Berufsstandes. Auf Landvolk-Sitzungen hat sie den regionalen Funktionären des Deutschen Bauernverbandes schon unerschrocken ihre Meinung geäußert, und als der Milchpreis vor gut zwei Jahren tief im Keller war, campierte sie mit Kolleginnen aus Protest vorm Kanzleramt in Berlin. Jetzt kämpfen Erchinger und ihr Mann an einer weiteren Front.

Es geht um viel. Es geht um die richtige Ernährung und um die Zukunft der Landwirtschaft. Es geht um Ängste von Verbrauchern, Verheißungen von Agrarkonzernen, und am Ende geht es – wie fast immer – auch ums Geld. Der Hof der Erchingers gehört zu einer Gruppe von 18 Betrieben in Ostfriesland, im Oldenburger Umland sowie im Ammerland, die ihren insgesamt knapp 900 Tieren künftig nur noch Futter geben, das allenfalls Spuren gentechnisch veränderter Pflanzen enthält. Sie haben sich zu einer Einkaufsgemeinschaft zusammengeschlossen und mit der Firma A. Schmidt in Hude einen Lieferanten gefunden, der ihren Ansprüchen genügt – zu einem Preis, der nach Erchingers Angaben nur wenig über dem für konventionelles Futter liegt. „Sonst könnten wir uns das gar nicht leisten“, sagt die Bäuerin.

### Die Idee ist nicht neu

In Deutschland gibt es mehr als 200 Kommunen, Erzeugergruppen und Einzelbetriebe, die sich von der Gentechnik in landwirtschaftlichen Erzeugnissen verabschiedet haben. Und die private Molkerei Bauer im bayerischen Wasserburg beispielsweise hat im Frühjahr ihre gesamte Produktion umgestellt. Rund 850 Landwirte liefern seitdem Milch aus gentechnikfreier Produktion. Für den zusätzlichen Aufwand erhalten sie einen Aufschlag von einem halben Cent pro Liter. So könnte auch für die ostfriesischen Pioniere die Zukunft aussehen. Allerdings haben sie bislang keine Molkerei gefunden, die in der gentechnikfreien Produktion einen neuen Vermarktungsweg sieht. „Die Unternehmen haben Pläne in den Schubladen“, sagt der Klostermoorer Landwirt Ottmar Ilchmann. „Aber sie set-

zen sie noch nicht um.“ Dabei gebe es viel Potenzial: „Die überwiegende Mehrheit der Verbraucher lehnt Gentechnik ab.“ Eine im vergangenen Jahr von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Umfrage gibt ihm Recht: 71 Prozent der befragten Deutschen gaben an, wegen Gentechnik im Zusammenhang mit Lebensmitteln beunruhigt zu sein. Die 18 Höfe, die sich nun zusammengeschlossen haben, arbeiten bislang auf eigene Kosten, fürs eigene Gewissen – und für den eigenen Bedarf. „Mir ist jetzt wohler, wenn ich unsere Milch trinke“, sagt Bäuerin Erchinger.

### Alles in einen Tank

Verbraucher haben von der Biotechnik-Abstinenz allerdings wenig. Die Milch der Erchingers sowie die ihrer Mitstreiter wird in der Molkerei mit der aller übrigen Landwirte vermengt. Auch eine Kompensation für die Mehrkosten gibt es für die Gegner der Gentechnik nicht. „Das zahlen wir selbst“, so Ilchmann.

Die Suche nach einem Futterhändler sei dabei alles andere als einfach gewesen, sagt Johanne Erchinger: „Ich habe rumgefragt in der Region, aber es hieß, gentechnikfreies Futter sei pro Doppelzentner drei bis zehn Euro teurer.“ Fündig wurden die Bauern schließlich in Hude. „Wir sind darauf spezialisiert, das Futter speziell für unsere Kunden zu mischen“, sagt „A. Schmidt“-Juniorchef Hendrik Lüers. Doch damit er den Ansprüchen der Landwirte gerecht werden konnte, musste auch er sich zunächst auf die Suche machen. Denn unmanipulierte Soja – ein wichtiger Bestandteil des Kraftfutters – auf dem Weltmarkt zu finden, ist offenbar alles andere als einfach. „Es gibt auf jeden Fall einen logistischen Mehraufwand“, sagt Heike Moldenhauer, die beim Umweltschutzverband BUND für den Bereich Gentechnik zuständig ist.

„Bislang haben wir Soja über Brake bezogen“, sagt Futterhersteller Lüers. „Für die 18 Betriebe kaufen wir Ware aus Brasilien über Hamburg ein – mit allen notwendigen Zertifizierungen.“ Und die Bauern behalten sich Prüfungen vor: „Natürlich werden wir die Ware im Labor testen lassen“, sagt Ilchmann. Insgesamt wollen er und seine Kollegen im Schnitt 100 Tonnen pro Monat aus Hude beziehen. Und warum das alles? „Weil wir meinen, dass die Gentechnik mit unabsehbaren Risiken behaftet ist“, sagt Ilchmann. „Man weiß kaum etwas darüber, welche Folgen sie für Menschen, Pflanzen und Tiere haben kann.“ Ein Sprecher der gentechnikfreien Molkerei Bauer in Bayern argumentiert ähnlich: „Die Langzeitfolgen der Gentechnik sind noch nicht bekannt, die Auswirkungen hat bislang niemand erforscht.“ Vertreter des US-Agrarkonzerns Monsanto



Gentechnikfreies Futter: Das schmeckt!

BLE/Menzler

dürften solche Äußerungen auf die Palme bringen. Auf der Internetseite weist der Branchenriese ausdrücklich – und erwartungsgemäß – auf die Vorteile der Gentechnik hin. Mit ihrer Hilfe könne man Pflanzen unempfindlich für Mittel zur Unkraut- und Insektenbekämpfung machen, heißt es da. Und das drücke zugleich die Produktionskosten – zudem ermögliche es gerade in Regionen der sogenannten Dritten Welt, in denen es Landwirten an Geld etwa für Pestizide fehlt, satte Ernten. Der BUND widerspricht der Argumentation. Von höheren Erträgen bei den Farmern in den USA gebe es langfristig keine Spur. Zudem kämen Studien zum Schluss, dass der Verbrauch von Unkrautvernichtern auf Gentechnik-Äckern ansteige – und damit die Belastung von Mensch und Umwelt. „Und schließlich“, so der BUND, „ist auch der Hunger in der Dritten Welt nicht weniger geworden.“ Alle Gentechnik-Pflanzen seien auf die industrialisierte Landwirtschaft zugeschnitten – und nicht auf arme Kleinbauern.

Monsanto hat im vergangenen Jahr gut 1,57 Milliarden Euro Gewinn vor Steuern gemacht – auch mit dem Verkauf von Gentechnik. Nach Angaben des BUND liegen 90 Prozent des weltweiten Handels mit Gentechnik-Pflanzen in Monsanto-Hand. Die 18 Betriebe in Ostfriesland, im Oldenburger Umland und im Ammerland dagegen kratzen künftig jedes Mal am eigenen Gewinn, wenn bei ihnen der Futter-Laster aus Hude vorfährt. „Aber das“, sagt Johanne Erchinger, „ist es uns wert.“

Jochen Brandt  
Ostfriesenzeitung

nähere Informationen:  
Ernst Steenken; Tel. 04482/660  
steenken@ewetel.net

### Gefährliche Genlachse

Gentechnisch veränderte Lachse vermehren sich auch in freier Wildbahn und stellen eine ernstzunehmende Konkurrenz gegenüber ihren natürlichen Artgenossen dar. Das belegt eine Studie in den „Evolutionary Applications“ über das Fortpflanzungsverhalten männlicher Atlantischer Lachse, die durch Genmanipulation ungewöhnlich schnell wachsen. Kritiker befürchten, dass durch die Möglichkeit der Fortpflanzung von Genlachsen mit ihren unveränderten Artgenossen transgenes Material in den natürlichen Genpool gelangen könnte. mh

# Die Vielfältigkeit der Leguminosen – ein Betriebsbesuch

Ob biologisch oder konventionell, die Leguminosen nehmen eine zentrale Rolle auf dem Acker von Reinhard Hemme ein

Der Betrieb von Reinhard Hemme liegt nordöstlich von Hannover in der Gemeinde Isernhagen-Kirchhorst. Neben vielen interessanten Dingen, zum Beispiel einer der umfangreichsten Hanomag-Bulldog-Sammlungen, die der Autor jemals gesehen hat, bietet der Betrieb Einblick in zwei Wirtschaftsweisen. Zum einen bewirtschaftet Reinhard Hemme mit seinem Sohn einen konventionellen Betrieb mit 105 ha LN und zum anderen einen ökologischen mit 125 ha LN. Zu diesem gehört auch eine gut 40-köpfige Milchviehherde mit Tieren des Deutschen Schwarzbunten Niederungsrinds.

In beiden Betriebssystemen spielen Leguminosen eine wichtige Rolle. Über den im ökologischen Landbau klassischen Anbau von Klee gras, zum Körner gemenge aus Erbse/Hafer/Sommergerste hin zur Saatgutvermehrung der Winterwicke im konventionellen Anbau. Desweiteren werden im konventionellen noch Ackerbohnen und je nach Jahr auch Lupinen angebaut.

Da der Besuch Mitte Juli direkt nach der Wintergerstenernte stattfand, stand gerade die Zwischenfruchtaussaat an. Auch im konventionellen Zwischenfruchtanbau wird Wert auf die Vorteile des Leguminosenanbaus gelegt. Besonders hervorzuheben sind die stickstofffixierende Leistung und die positiven phytosanitären Effekte. Auf den sehr wechselhaften, sandigen bis tonigen Böden, mit Ackerzahlen zwischen 20 und 55,

wird möglichst wenig Bodenbewegung angestrebt. Die Zwischenfruchtaussaat des Ackerbohnen-/ Sommerwicken-Gemenges wird dementsprechend mit einer Direktsaatmaschine der Firma Moore durchgeführt. Leicht schräg gestellte, im Durchmesser 48 cm große Scheiben, schlitzten den Boden auf und in diese Schlitzte wird das Saatgut abgelegt. Ein



Reinhard Hemme beim Befüllen der Direktsaatmaschine.

Foto: Dahlmann

Reifenpacker schließt den aufgeschlitzten Boden und hinterlässt einen Acker, dem man die Bearbeitung kaum ansieht. Da sich der Boden zum Zeitpunkt der Aussaat in einem feuchten Zustand befand, hätte Reinhard Hemme eine normale Stoppelbearbeitung mit Grubber zu diesem Zeitpunkt nicht

durchgeführt. Mit der Direktsaatmaschine sei es jedoch kein Problem. Ein weiterer Vorteil sei die kaum zerstörte Struktur und Kapillarität des Bodens und die höhere Verfügbarkeit von Phosphor, welches durch Wurzelsäuren der Leguminosen gelöst wird. Das Ausfallgetreide läuft erst auf, wenn das Bohnen-Wicken-Gemenge schon 10 bis 15

cm hoch ist und stellt dementsprechend keine Konkurrenz dar. In der Regel entwickelt sich ein bis zu einem Meter hoher Pflanzenbestand, der Anfang November abgeschlegelt wird.

Im ökologischen Betrieb hatte der Betriebsleiter bei der Ackerbohne in der Vergangenheit große Probleme mit der



Bohnenlaus und dementsprechend den Anbau aufgegeben. Hier wurde, speziell auf leichteren Böden, die Lupine angebaut. Ein guter Indikator, ob die Aussaat von Serradella als Zwischenfrucht. Diese fiederblättrige Leguminose hat die gleichen Rhizobienstämme wie die Lupine. Ein erfolgreiches Gelingen der Serradella-Zwischenfrucht bedeutet gleichzeitig eine Impfung des Bodens für den Lupinenanbau. Die Serradella-Aussaat erfolgt mit einer Menge von 40 kg/ha und sollte in dieser Region spätestens bis Anfang August erfolgen. Dieses Verfahren wird auch im konventionellen so gehandhabt. Der Betrieb von Reinhard Hemme zeigt in eindrucksvoller Weise die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen des Einsatzes von Leguminosen im ökologischen wie auch im konventionellen Betrieb. Dieser Artikel soll einen kleinen Einblick geben. Detailliertere Informationen, auch zu Aussaatmengen etc., finden Sie demnächst (ab Mitte September) auf der Projektseite [www.vom-acker-in-den-futtertrog.de](http://www.vom-acker-in-den-futtertrog.de)

Christoph Dahlmann – Projektleitung, 02381-9053170, [dahlmann@abl-ev.de](mailto:dahlmann@abl-ev.de)

## Fachforum zu Leguminosen – es rührt sich was!

Nur drei Prozent der Ackerfläche werden mit Leguminosen bestellt – aber in der Forschung rührt sich etwas

Sind die Aktivitäten bezüglich Leguminosen auf dem Acker momentan auch sehr gering – so rührt sich auf politischer wie auch auf Forschungsebene immer mehr. Ende Juni fand im Rahmen der 2010 gegründeten Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA) ein Fachforum zu Leguminosen in Braunschweig statt.

100 Menschen aus den Bereichen der Forschung, Beratung und Fachverbänden diskutierten auf Grundlage von Referaten und Workshops zwei Tage über die Probleme und Möglichkeiten. Die Probleme stellten sich als sehr vielschichtig dar und lassen sich übersichtlich und vereinfacht so zusammenfassen: Erheblichen Bedarf gibt es in den Bereichen Züchtung, Pflanzenbau, Vermarktung & Verwertung, Produktionstechnik und Beratung. So gibt es nur noch wenige Zuchtprogramme zum Beispiel für Ackerbohne

und Erbse in Deutschland. Verringerter Zuchtfortschritt bedeutet auch immer eine Vergrößerung des Leistungsabstandes zu marktdominanten Früchten wie Weizen, Raps und Mais. Aber es passiert etwas im Bereich der Züchtung. Eine private Züchtungsinitiative hat im Biobereich einen Verein gegründet, der Erhaltungszucht betreibt. Ein norddeutscher Pflanzenzüchter ist im Bereich der Winterackerbohne aktiv. Zur Beratung lässt sich kurz und knapp sagen, dass Leguminosen speziell im konventionellen keine große Bedeutung haben und dementsprechend in Beratungskonzepten fehlen. In letzter Zeit konnte man im Bereich der Fütterung bei hohen Sojaschrotpreisen wieder eine vermehrte Aktivität bei Fachjournalisten bemerken, die die Verfütterung von Bohne und Erbse thematisierten.

Pflanzenbauliche Fragestellungen bezüglich ihrer optimalen Stellung in der Fruchtfolge, Anbauabstände und die Konservierung von Stickstoff gilt es intensiver zu bearbeiten. Das Problem der Vermarktung lässt sich bei einem Blick in die grünen Blätter auf einen Nenner bringen: keine Notierung, kein Markt. Selbstorganisation ist hier gefragt, die wiederum Zeit braucht, welche häufig fehlt. Mit erheblichem Potential innerhalb der Produktionstechnik schließt sich ein Kreislauf, der zuweilen an einen Teufelskreis auf erinnert. Wie und vor allen Dingen in welchen Bereichen anfangen? Diese Frage wurde innerhalb einer Workshop-Runde bearbeitet. Anhand einer Prioritätenliste wurde schnell deutlich, dass es gleichzeitiger Kraftanstrengungen auf allen Ebenen bedarf. Zum Abschluss der Tagung wurden vier Kernbereiche – sogenannte

Forschungslinien – erarbeitet. Letztendlich geht es um die Bündelung von Forschungsideen oder, wie es auf der DAFA-Homepage heißt, „komplexe Probleme im Verbund zu bewältigen“, um Forschungsgelder zu akquirieren.

Immer wieder gestreift, aber nicht in die Forschungslinien direkt eingebunden, wurden die Rahmenbedingungen. Auf diese hat die Agrarpolitik einen wesentlichen Einfluss. Interessant wäre es, was für Auswirkungen die Forderungen des AbL-Bundesvorstandes, 20 Prozent Leguminosen in der Fruchtfolge unter anderem als Bedingung für die volle Auszahlung der Direktzahlungen zu machen, hätten. Für zukünftige Forschungsprojekte wäre ein integrativer Ansatz aus Forschung, Praxis und agrarpolitischen Rahmenbedingungen wünschenswert.

Christoph Dahlmann

## Verantwortung für unser Essen

Bäuerinnen und Bauern können mitmachen bei „Bauer hält Hof“

Zwischen Kartoffelmiete, Misthaufen oder Melktank sollen in den kommenden Wochen bundesweit zahlreiche Veranstaltungen stattfinden, um einen direkten Dialog zwischen Bauernschaft, Zivilgesellschaft und interessierten Menschen in den Regionen um die Zukunft der Landwirtschaft und Agrarpolitik in Gang zu setzen. Unter dem Motto „Bauer hält Hof – Verantwortung für unser Essen – regional, in Europa und weltweit“ werden in den kommenden Wochen bundesweit Veranstaltungen auf Bauerhöfen stattfinden. Diese Veranstaltungsreihe ist Teil der Kampagne „Meine Landwirtschaft“, die von 37 Organisationen in Deutschland getragen wird. Darunter auch die Abl.

Es sind noch Bäuerinnen und Bauern gefragt, die vor Ort entweder diese Veranstaltungsreihe in den Regionen mit initiieren oder auf ihren Höfen eine Veranstaltung durchführen. Unmittelbar dort, wo das Essen erzeugt wird, lässt sich mit Bürgern anschaulich und hautnah diskutieren, welche Probleme auf den Höfen herrschen. Was ist eine zukunftsfähige Landwirtschaft? Welchen Rahmen braucht es dafür? Und hilft diese Agrarpolitik weiter? Was bringt die Agrarreform? Das Neue an „Bauer hält Hof“ ist, dass die

Hofveranstalter in den Regionen eingebettet sind in regionale Netzwerke, die eigens dafür aufgebaut werden. Und das in einem abgesteckten Zeitrahmen auf vielen verschiedenen Höfen in den unterschiedlichsten Regionen ähnliche Veranstaltungen stattfinden, die ein gemeinsames Ziel verfolgen: Das Thema Landwirtschaft und Agrarreform in einer breiteren Bevölkerungsschicht publik zu machen und dadurch Druck auf die Politik auszuüben. Im September finden regionale Vortreffen auf den ersten Höfen statt, auf denen Demonstrationsveranstaltungen durchgeführt und die Umsetzung auf dem eigenen Hof diskutiert wird. Im Oktober laufen dann die öffentlichen Veranstaltungen auf den Höfen. Bundesweit wird „Bauer hält Hof“ von der Landwirtschaftskampagne begleitet. Je mehr Höfe sich daran beteiligen, je größer wird die öffentliche Durchschlagskraft in der Öffentlichkeit und den Medien sein.

Berit Thomsen

Weitere Infos und Kontakte in den Regionen: Bei der Kampagnenleitung „Meine Landwirtschaft“, Jochen Fritz, [fritz@meine-landwirtschaft.de](mailto:fritz@meine-landwirtschaft.de), Tel. 030 / 28482437 oder [bauerhaelthof@meine-landwirtschaft.de](mailto:bauerhaelthof@meine-landwirtschaft.de).

## Mensch, Macht, Milch auf Tour

Ausstellungstermine und Diskussionsveranstaltungen

### Uelsen

Wo: Volksbank Niedergrafschaft, Neuenhauser Straße 15, 49843 Uelsen  
Wann: 22. August bis 8. September  
Öffnungszeiten: Montags bis Freitags: 8:30 bis 12:00 Uhr und 14 bis 17:00 Uhr

### Bad Kreuznach

Wo: Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Kurhausstraße 6, 55543 Bad Kreuznach  
Wann: 25. August bis 8. September  
Öffnungszeiten: Montags bis Donnerstags 8:00 bis 16:00 Uhr, Freitags bis 12:30 Uhr

### Wilsum

Wo: Bauernhof von Berthold und Elisabeth Magritz, Kaller Str. 1, 49849 Wilsum  
Wann: 10. September während der „Zukunftsmesse-Landwirtschaft“ und 11. September nach dem „Hof-Gottesdienst“

### Tettngang

Wo: Volksbank Tettngang, Lindauer Str. 6, 88069 Tettngang  
Wann: 15. bis 29. September  
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 8:30 bis 12:15 Uhr und 14:00 bis mindestens 16:00 Uhr  
Vortrag zur Ausstellung am 20. September um 19:30 Uhr im Gemeindezentrum St. Gallus in Tettngang mit Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der Abl., zum Thema „Mensch - Macht - Milch - wer ernährt die Welt, heute und in Zukunft“

### Freden

Wo: Rathaus Freden, Am Schillerplatz 4, 31084 Freden (Leine)  
Wann: 7. bis 21. Oktober  
Öffnungszeiten: Montags bis Freitags 8:30 bis 12:00 Uhr und jeden 1. und 3. Dienstag von 13:30 bis 18:00

Eröffnung: 6. Oktober um 19:30 Uhr durch Bernd Schmitz, stellvertretender Bundesvorsitzender der Abl.  
Anschließend Referat von Wilfried Bommert, Buchautor, mit dem Titel „Keht der Hunger in der Welt zurück“

### Sonthofen

Wo: Landratsamt Oberallgäu, Oberallgäuer Platz 2, 87527 Sonthofen  
Wann: 14. Oktober bis 4. November  
Eröffnung: 14.10.11 um 13:00 Uhr  
mit Maria Heubuch, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Lesung: 19.10.11 20.00 Uhr  
Lesung und Diskussion mit Romuald Schaber (BDM) aus seinem Buch „Blutmilch“  
Vortrag: 26.10.11 um 20.00 Uhr  
Vortrag und Diskussion mit Marlies Olberz von der Menschenrechtsorganisation FIAN zum Thema: Milch und Menschenrechte – über die Probleme afrikanischer, aber auch lokaler Milchbauern (mit der EU-Agrarpolitik)

### Überlingen

Vortrag zur Ausstellungseröffnung am 5. Dezember von Anita Idel: „Die Kuh ist kein Klimakiller“  
Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben

## Leserbrief

zum Artikel: Tierschutzsiegel auch für industrielle Haltungsformen; *Bauernstimme* 07-2011

In der letzten Ausgabe der *Bauernstimme* wurde eine Position zu Tierschutzaspekten in der Auslaufhaltung vertreten, die nicht unreflektiert bleiben darf, wenn der vom Verbraucher gewährte Vertrauensvorschuss für diese Art der Tierhaltung nicht aufs Spiel gesetzt werden soll. Unbestritten bietet die Haltung auf Stroh und mit Auslauf bessere Verhaltensmöglichkeiten. Für die Tiergesundheit bestehen Potenziale, die jedoch zu häufig nicht genutzt werden. Während in der konventionellen Schweinehaltung Vermarkter, Tierärzte, Mäster und Ferkelerzeuger daran arbeiten, Schlachtkörperbefunde und Medikamenteneinsatz messbar zu reduzieren, beschränkt sich der angesprochene Artikel auf die Feststellung, die Auslaufhaltung würde „die allermeisten anderen Tierschutzprobleme mit lösen“. Diese Vereinfachung wird den Tatsachen nicht gerecht und ist gefährlich. Messbare Kriterien zu tierschutzrelevanten Merkmalen werden in Zukunft an Bedeutung gewinnen (u.a. Tierschutzplan Niedersachsen). Dann genügt es nicht mehr, sich argumentativ auf schöne Bilder, die zu romantischen Vorstellungen in den Köpfen der Verbraucher passen, zurückzuziehen. Tiergesundheit ist nicht nur ein Tierschutzziel („fünf Freiheiten“) und ihre Erhaltung gehört zu den Zielen der ökologischen Landwirtschaft, sie ist auch ein wesentlicher Aspekt des Verbraucherschutzes (Zoonosen, Rückstände, Resistenzen). Die Vorzüge der Auslaufhaltung für die Tiere dürften bei vielen Verbrauchern in den Hintergrund treten, wenn damit mess- und zählbar ein schlechter Gesundheitszustand des Tierbestandes verbunden sein sollte, der nicht nur nachteilig für die betroffenen Tiere ist, sondern auch ein Risiko für den Verbraucher darstellt.

Die Berücksichtigung tierbezogener Indikatoren als Maßstab zur Beurteilung von Tierschutzmaßnahmen ist nicht nur in „agrarindustriell fixierten Fachkreisen“ anzutreffen, sondern insbesondere unter denen, die sich wissenschaftlich mit dem Thema Tierschutz beschäftigen. Wenn es ein Ziel ist, den Tieren das Ausüben ihres Verhaltens zu ermöglichen, sollte man eine Haltung danach beurteilen, ob die Tiere es auch tatsächlich ausleben.

Wenn die Erhaltung der Tiergesundheit wichtig ist, sollte sie anhand von Daten, z.B. Befunddaten aus dem Schlachthof und Aufzeichnungen zu Behandlungen und Verlusten, beurteilt werden. Nur durch Kontrollen kann das Erreichen von Zielen überprüft und das vom Verbraucher beim Kauf entgegengebrachte Vertrauen bestätigt werden: Stichwort Glaubwürdigkeit!

Es dürfte einleuchtend sein und vermutlich kennt jeder ein unschönes Beispiel dafür, dass auch in einer großzügig bemessenen Auslaufhaltung bei Fehlern in der Fütterung, im Hygienemanagement oder der Tierbetreuung Tiere leiden. Die großzügigere Haltungsform allein ist keine Garantie für gesunde Tiere. Schwanzbeißen gibt es auch in Auslaufhaltungen.

Neben den aufgeführten Beispielen für Marken in der Fleischtheke fehlt ein relativ neues „Tierwohl“-Label, das auf SB-Verpackungen mit Schweinefleisch prangt und sehr offensiv tierbezogene Indikatoren wie Schlachthofbefunde an Gelenken, Haut, Ohr, Schwanz, Lunge und Brustfell, Verluste und Medikamenteneinsatz einbezieht. Es ist fraglich, ob den Kunden die konventionelle Haltung noch stört, wenn „die Alternativen“ in diesen Punkten den Vergleich nicht aushalten.

Wer die Zukunft einer tiergerechten Nutztierhaltung sichern und fördern will, darf sich neuen Erkenntnissen nicht verschließen. Es ist dringend geboten, sich intensiv mit den Herausforderungen auseinander zu setzen, die im Bezug auf die Gesundheit der Nutztiere, auch in der Auslaufhaltung, bestehen. Die Chance liegt darin, mehr zu bieten.

Susanne Hoischen-Taubner  
37213 Witztenhausen

## Kleinsthöfe in Rumänien: Auslaufmodell oder Zukunftschance?

Eindrücke einer Reise: Selbstversorgungs- und Nebenerwerbslandwirtschaft sind wenig anerkannt und doch die Regel

Bei meiner Wanderung durch die Region bei Slatina in Nordrumänien sehe ich im Laufe des Tages einmal einen Trecker, doch ansonsten sind es Menschen, die unterstützt von einem Pferd Unkraut zupfen, Gras und Getreide mähen, ernten und auf Wagen nach Hause transportieren. Überall sieht man die Heuschuber auf den Wiesen stehen. Zu Hause haben viele drei Kühe, ein paar Schweine und Hühner. Das ist nicht überall in Rumänien so wie hier im Norden des Landes in der

Strukturen würden eingehen, man müsse schauen, dass die Hofgröße mindestens 20 ha betrage, alles darunter mache keinen Sinn. Und man müsse versuchen, die Importerzeugnisse verstärkt durch rumänische Produkte zu ersetzen und zugleich den Export auszuweiten. Irimie weiter: „Ein Grund dafür, dass Rumänien bisher nur 12,4 Prozent der EU-Fördergelder, die dem Land bis 2013 zustehen, in Anspruch genommen hat, ist dass die bestehenden Programme häufig nicht auf die

dieser Kleinsthöfe geben der Landschaft ein wunderschönes Gesicht. Vielfältig und voller Tier- und Pflanzenleben bleiben die Regionen attraktiv für Erholungssuchende und Touristen. Neue Einkommensmöglichkeiten im Tourismus, dem Handwerk und dem Einzelhandel können entstehen. Bäuerinnen und Bauern, die miteinander kooperieren, können auch langfristig die Dorflandenstruktur, die es heute noch gibt, erhalten und weiter beleben.

Für die Vermarktung höherpreisiger Produkte auf Regionalmärkten und in Supermärkten gibt es durchaus Potenzial. Die Nachfrage nach Biolebensmitteln beispielsweise ist in den letzten Jahren stetig gestiegen, wird jedoch bisher stark aus Importen bedient. Die Konkurrenzfähigkeit auch der Produkte von Kleinsthöfen mit den Importprodukten aus Westeuropa ist zum Teil sicher gegeben. Hierzu braucht es jedoch das Erreichen von EU-Standards bei Qualität und Verarbeitung.

### Verbesserung der Bewirtschaftung

Viele der Selbstversorger und Nebenerwerbslandwirte haben Fortbildungsbedarf, weil sie entweder erst seit 1990 Landwirtschaft in dieser Form betreiben oder weil es während des Kommunismus keine Forschung und Beratung im Bereich kleinstrukturierter Landwirtschaft gab. Die Erträge auf den Flächen sind zum Teil sehr niedrig, die Milchmenge pro Kuh weit niedriger als es bei guter Fütterung sein könnte. Und anders als man vielleicht erst denkt, ist die Bewirtschaftung oft auch nicht ökologisch nachhaltig. Viele Bauern haben zudem eine große Abneigung gegen betriebliche Zusammenschlüsse und wenig Erfahrung in eigenständiger Projektplanung und der Erschließung von Absatzmärkten. Der Kommunismus

hat seine Spuren hinterlassen. Um die Produkte von Kleinsthöfen effektiv vermarkten zu können und die Wertschöpfung in der Region zu erhöhen, sind deshalb Bildungsangebote und Finanzierungshilfen über Kredite wichtige Voraussetzungen.

### Kleinsthöfe als Zukunftschance

Aus Sicht vieler Politiker in Rumänien sind die 3,5 Millionen Kleinsthöfe ein Auslaufmodell. Doch allein wegen der bestehenden sozialen Situation im ländlichen Raum ist es sinnvoll, sich Gedanken zu machen, welchen Beitrag diese Höfe auch weiterhin zur Versorgung der Familien und des Landes mit guten Lebensmitteln leisten können und welche Unterstützung es dafür braucht.

Rumänien verfügt aktuell noch über großartige, artenreiche Kulturlandschaften, 34,5 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche liegt in benachteiligten Regionen. Es wäre ökologisch sinnvoll, diese Landschaften nicht durch eine pure Wachstumsstrategie, die sich allein an der Steigerung der Produktivität orientiert, zu zerstören, sondern verstärkt nachhaltige und klimafreundliche Formen der Landwirtschaft, die sich für diese kleinen Flächen besonders gut eignen, einzusetzen. In jedem Falle wird es entscheidend sein, neben spezifischen Maßnahmen, die Förderung der Kleinstbetriebe immer auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der jeweiligen Region zu sehen. Verarbeitungskapazitäten und Vermarktungsstrukturen müssen ebenso mit in den Fokus gerückt werden wie Tourismus, Handwerk und Einzelhandel. Weitere Einkommensmöglichkeiten können entstehen und Lebensqualität und Attraktivität der ländlichen Regionen auch für junge Leute und Touristen (wieder) zunehmen.

Sonja Korpeter



Die rumänische Landwirtschaft ist kleinstrukturiert, wenig technisiert und gibt vielen Menschen Arbeit. Noch!

Bukowina. Im Süden prägen mehrere hundert Hektar große Güter, die mit modernen Maschinen arbeiten, das Landschaftsbild. Doch neben diesen und etwa 100.000 mittelgroßen Betrieben gibt es 3,5 Millionen landwirtschaftliche Betriebe im Land, die kleiner als zwei Hektar sind. Sie bewirtschaften mehr als die Hälfte des rumänischen Agrarlandes und werden oft im Nebenerwerb oder auch einfach zur Selbstversorgung der Familie betrieben. Trotz fruchtbaren Bodens und eines niedrigen Lebensstandards importiert Rumänien über 40 Prozent der Lebensmittel, zum großen Teil aus der EU. Agrarexporte sind im wesentlichen unverarbeitete Rohwaren.

### Kleinsthöfe als Auslaufmodell

Ich frage einen ehemaligen Mitarbeiter des Agrarministeriums, Doro Irimie, wie es denn aus Sicht der Regierung in Zukunft mit der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum weitergehen soll. Er antwortet mit Schulterzucken. Konzeptlosigkeit und auch eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber dem Lande und der Bedeutung der Landwirtschaft seien in der Politik spürbar. Die kleinen

Bedürfnisse der kleinstrukturierten Landwirtschaft und damit einer großen Mehrheit der Landwirte zugeschnitten sind.“

### Ökonomische und soziale Bedeutung

Die Kleinbauern können ihr Land nicht einfach verkaufen und mit der Erzeugung von Lebensmitteln aufhören, um größeren Betrieben Platz zu machen. Die Aussicht auf Arbeitsplätze in anderen Bereichen außer der Landwirtschaft ist je nach Region und vor allem in den Berggebieten sehr begrenzt, die Sozialversicherung oft völlig unzureichend. Die Preise für Lebensmittel in den Supermärkten sind fast so hoch wie in Deutschland, auf den regionalen Märkten sind die Waren erschwinglicher, aber haben auch ihren Preis. Viele junge Leute wandern ab, weil sie auf dem Land keine Perspektive sehen. Kleinsthöfe können ihren Bewohnern durch die Produkte vom eigenen Land die Rente aufbessern oder für frisches Obst und Gemüse für die Familie sorgen. Als Nebenerwerbsbetriebe schaffen sie Unabhängigkeit und ermöglichen in Kombination mit einer halben Stelle außerhalb des Hofes soziale Sicherheit. Die Felder



Produkte von Hochland bestimmen dieses rumänische Käseregal.

Fotos: Korpeter

## Urban Gardening

Wer ein Handbuch zum Gärtnern sucht, deren gibt es viele auf dem Büchermarkt. Urban Gardening, herausgegeben von Christa Müller, ist ein Juwel in geistiger Aufarbeitung der sozialen, politischen, kulturellen und spirituellen Themen rund um den Garten und das interkulturelle gemeinschaftliche Bewirtschaften von Gärten in der Stadt. Menschen wollen wieder mehr Gemeinschaft leben und mehr Verbindung mit der Natur, und, wie das Buch zeigt, Städter/innen wollen ihre Gemüse- und Obstversorgung wieder selbst in ihre Hände nehmen. Besonders aufschlussreich sind die Gedanken über die Verwandlung des geizigen homo oeconomicus in einen großzügigen homo donans, denn angesichts der Fülle, die ein Garten bereithält, wird Schenken leicht gemacht. Der Garten ist ein Ort des aktiven politischen Widerstands, der kein Tränengas und keine prügelnde Polizei zu befürchten hat, auch wenn es Guerilla Gardening genannt wird. Mit sanft erhobenem Zeigefinger wird darauf hingewiesen, dass die Zeit nach dem peak oil, peak soil und dem ‚peak everything‘ kommen wird, die Transporte werden ausbleiben und viele werden froh sein, wenn sie ein Stückchen Land zu bewirtschaften haben und sich

ernähren können. Für mich als Tiefenökologin besonders anregend sind jene Beiträge, die darüber berichten, was in einem Garten über die rein physische Versorgung hinausgeht, denn Gärtnern liefert nicht nur Nahrung für den Leib, sondern auch für die Seele. „Das ist die Rolle des Gartens in seiner urbanen Version: Andacht überall.“ (Andreas Weber) Ein Buch, das in anregenden Aufsätzen Körper, Geist und Seele von uns entfremdeten Geschöpfen mit dem Garten zu verbinden sucht. *Elisabeth Loibl*

*Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt; Christa Müller; 352 Seiten; oekom verlag München, 2011; ISBN-13: 978-3-86581-244-5; 19,95 Euro*



### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe:  2011  2010  2009  2008  2007  2006  2005  
22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. Linda und Konsorten	Stückpreis 14,90 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

### Kurzes am Rande

#### Lecker wilde Pflanzen

Ob Törtchen aus Brennnessel und Apfel, Bärenklau mit Kürbis und Mandarinenöl oder frittierte Salbeiblätter. „Meine wilde Pflanzenküche“ beschreibt, wie man in Wald und Feld köstliche Wildkräuter findet, erkennt und zubereitet. Neben anschaulichen Fotos der verschiedenen Pflanzen und feinen Gerichten bietet das Buch dem Leser kurze Hintergrundinformationen zur Pflanzenherkunft und Tipps zum Sammeln, Verarbeiten sowie Verwechslungsgefahren. Bei insgesamt 60 Pflanzenporträts und 130 Rezepten für jede Jahreszeit bietet diese Buch Anregungen für eine abwechslungsreiche Ergänzung unseres Speiseplans direkt aus der Natur. Alles, was man braucht, ist ein wenig Zeit zum Sammeln. mh

„Meine wilde Pflanzenküche“, Meret Bissegger, AT Verlag, ISBN: 978-3-03800-552-0; 320 Seiten, 34,90 Euro zu beziehen über den ABL-Verlag



#### Naturgemäße Berufsbildung

Wer die einseitige und oft ideologiegeprägte Berufsbildung auch im landwirtschaftlichen Bereich kennt, der wird sich über dieses Buch freuen, das angesichts der Umwelt-, Sozialstruktur- und Menschen-Zerstörungen durch Neoliberalismus, Ökonomismus und Kapitalismus auf eine Neugestaltung der beruflichen Bildung zielt. Allerdings erwartet den Leser keine leichte Lektüre: Mit Bezug auf die Theorien von Marx und die Kritische Theorie von Adorno und Horkheimer erarbeitet der Heidelberger Professor Thomas Vogel neue bildungstheoretische Grundlagen für eine natur- und damit realitätsgerechte Berufsbildung. Es geht ihm zunächst weniger um praktische Ratschläge, sondern erst einmal um die Herleitung der gesellschaftlichen Ursachen für die derzeitig immer noch vorherrschende Anpassung der Berufsbildung und der Menschen an dominante Herrschafts-, Wirtschafts- und Ideologiestrukturen. Vogel entwirft eine neue Berufsbildung, die sich aus der Kritik hieran entwickelt. Seine zentrale Kategorie ist die der gesellschaftlichen und bewusstseinsmäßigen Entfremdung der Arbeit und des Lebens, die zusätzlich durch Konsummuster kompensiert und gefestigt wird und die innerhalb dieses Systems nur schwer zu durchbrechen ist. Vogel fordert deshalb nicht nur eine Aufklärung über diese Hintergründe, Einflussnahmen und ideologischen Verfälschungen, sondern vor allem auch die Erkämpfung von Freiräumen in der beruflichen Bildung für eigene Erfahrungen und Betätigungen mit Natur, Ästhetik und mit naturgemäßerem Wirtschaften und Arbeiten. Brillant auch seine Kritik an dem immer beliebiger dehnbaren Begriff des „Plastikbegriffs Nachhaltigkeit“. en *Thomas Vogel, Naturgemäße Berufsbildung, 500 Seiten, 2011, 39,90 Euro, Books on Demand, Norderstedt, info@bod.de*

## (Klein) Anzeigen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS Oktober 2011 ist am 17. September 2011.

### Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Hunde- und Katzenmahrung vom Tierheilpraktiker. Qualität, Akzeptanz, Preis/Leistung sehr gut. Durchholz/Sievers, ☎ 04166-1422, www.reico-buxtehude.de

### Sonstiges

● Für den erfolgreichen Landwirt – alles aus einer Hand: Boden-/Pflanzungshilfsstoffe mit sich ergänzenden Mikroorganismen. Für Landw., Wein/Gartenbau, Einfache Anwendung – Gute Ergebnisse. Auch für Tierhaltung u. Gülle. Schmidt Agrar GbR, Talhof, 65614 Beselich, ☎ 06484 8908-95, Fax: -28, info@schmidt-agrar.eu, www.schmidt-agrar.eu

**GÜLLE-VEREDELUNG ANLAGEN 20 - 75 KW**  
Information/Vertrieb  
[www.bio4gas.eu](http://www.bio4gas.eu)

### Hof und Arbeit

● Hallo Biobauern zw. Weser u. Elbe! Naturverb. Mann, wetterfest, Nichtraucher, Nichttrinker, 38, zuverlässig, WG-tauglich, gesund, aber arm und ohne Führerschein, sucht dauerh. Arbeit und möbl. Unterkunft auf Hof, derz. Wohnsitz Lüneburg. ☎ 0163-6028733

● Suche Wohnung 2 Zimmer ebenerdig, 50-60 qm, gerne mit etwas Garten und auch Hilfe in der Landwirtschaft möglich. (Gelernter Gärtner, 30 Jahre in der Landwirtschaft tätig, jetzt Rentner) Angebote unter ☎ 07725-914683

● Jung gebliebenes Ehepaar sucht landwirtschaftlichen Betrieb oder Hühnerhof zur Übernahme. Pacht, Erbpacht, Mietkauf oder ähnliches. ☎ 06733-6134, info@multifarm.de

● Hof mit Nebengebäuden und Land außerhalb oder Ortsrandlage gesucht. Pacht, Erbpacht, Mietkauf oder ähnliches. ☎ 06733-6134, info@multifarm.de

## Veranstaltungen

### Schöpfungstag 2011

11. Sept. 2011, Wilsun  
Infotag zum Thema regionale, gentechnikfreie, ökofaire, bäuerliche Landwirtschaft mit Messe, Fachvorträgen und Podiumsdiskussion mit Politikern.  
10 bis 17 Uhr, Hof Magritz, Kallerstr. 1, Wilsun. Kontakt: Gottfried Peters, Büro für Gesellschaftsdiakonie, ☎ 05921 8802-44, Fax: -45, bfg@reformiert-grafschaft.de

### Bioökonomie 2030

12. September 2011, Berlin  
Unter Bioökonomie werden Prozesse und Produkte verstanden, die sich aus biologischen Grundlagen erzeugen lassen und die in der Industrie angewendet werden können. Um die wissenschaftlichen Grundlagen und die Transformation in die Anwendung zu erforschen, werden im neuesten Rahmenprogramm des BMBF über 2 Mrd. € eingesetzt. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und knapper Ressourcen soll ein Paradigmenwechsel von den nicht erneuerbaren Ressourcen zu den erneuerbaren Ressourcen stattfinden. Mit: Prof. Folkhard Isermeyer, Präs. von Thünen-Institut, Braunschweig; Stefan Bringezu, Wuppertal Institut; Arnold Sauter, Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag; Thomas Korbus, Institut für ökol. Wirtschaftsforschung IÖW; Henk van Liemp, Referatsleiter Bioökonomie BMBF; Wilhelm Priesmeier, Agrarpol. Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; Harald Ebner, B90/Die Grünen; Eva Bulling Schröter, Die Linke (ang.); Max Lehmer, CDU (ang.).  
Anmeldung bis 05.09.: Ev. Akademie Villigst, Ulrike Pietsch, ☎ 02304 755-325, Fax: -318, u.pietsch@kircheundgesellschaft.de. Tagungsort: NABU Bundesverband, Charitestraße 3, 10117 Berlin, www.NABU.de

### Die Kuh ist kein Klima-Killer

14. September 2011, Weimar  
Der Vortrag von Anita Idel, Autorin des gleichnamigen Buches, beleuchtet das Zusammenwirken von Tierhaltung, Futtermittelproduktion, Intensivdüngung, Monokulturen, Klimagasen und zeigt, wie die Agrarindustrie die Erde verwüstet und was wir dagegen tun können.  
19 Uhr, Deutsches Bienenmuseum, Ilmstraße 3, 99425 Weimar, http://dbm.lvti.de. ABL Thüringen

### Bauernsternfahrt-Nachlese

17. September 2011, Auerberg  
Mit Witz bis Satire wollen sich die Teilnehmer aus Süddeutschland auf einem Fest an die Sternfahrt erinnern. Besonders freuen sie sich über Besuch von Teilnehmern der anderen Routen. Auch Beiträge sind noch erwünscht. Die Nachlese beginnt um 20 Uhr auf dem Auerberg bei Marktoberdorf im Allgäu. Kontakt: Walter Mauk, ☎ 08179-331, -5437 (AB).

### Hoffest mit Bantam-Mais-Ernte

18. September 2011, Hamburg  
Rauf auf den Trecker, rein ins

Feld und dann tüchtig geerntet auf dem Hoffest der Gärtnerei Sannmann mit Infos zum bio-dynamischen Gemüseanbau und Erlebnispädagogik für Kinder. Die fleißigen Helfer der Bantam-Mais Pflanzaktion für eine gentechnikfreie Zukunft im Frühjahr 2011 können jetzt die Früchte ihrer Arbeit ernten  
11.00 bis 18.00 Uhr in der Gärtnerei Sannmann am Ochsenwerder Norderdeich 50 in 21037 Hamburg. www.sannmann.com/veranstaltungen/hoffest\_2011.html

### Agro-Gentechnik

20. September 2011, Kirchhatten  
Vortrag und Diskussion mit Annemarie Völling, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Koordination der Gentechnikfreien Regionen in Deutschland zu Chance oder Risiko im Futter, auf dem Acker und auf dem Teller.  
20 Uhr, Zum Deutschen Haus, Am Marktplatz, 26209 Kirchhatten. Infos: www.gentechnikfrei-ol.de

### Begrenzung gv-Pflanzen

26. September 2011, Berlin  
Die Petition des BÖLW für Zulassungsbegrenzung bzw. regionales Anbauverbot von GV-Pflanzen unterzeichneten über 100.000 Menschen in Deutschland. Mit ihr soll erreicht werden, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für ein Anbauverbot einsetzt. Petent und BÖLW-Vorstandsvorsitzender Felix Prinz zu Löwenstein trägt dieses Anliegen im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages vor und diskutiert mit Vertretern der Bundesregierung. Die Veranstaltung ist öffentlich.  
12 bis 15 Uhr, Deutscher Bundestag, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Platz der Republik, Anhörungssaal, Raum 3101. Anmeldung: unter Angabe des vollständigen Namens der Petition: „Zulassungsbegrenzung/ regionales Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen (Code-Nummer 16941)“ und Mitführen eines gültigen Personalausweises beim Sekretariat des Petitionsausschuss, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, ☎ 030 227-37101, Fax: -36053, vorzimmer.peta@bundestag.de. Info: www.boelw.de

### Gegen Massentierhaltung

13. Oktober 2011, Erfurt  
Demo: Organisiert von der Bürgerinitiative Eттschleben  
17 Uhr, Landtag Erfurt. ABL-Thüringen, daniela-kersten@gmx.de

### Bio-Schweine

18. und 19. Oktober 2011, Fulda  
Faire Wertschöpfung und 100 Prozent Biofutter sind Schwerpunkte der vom Aktionsbündnis Bioschweinehalter Deutschland ABD mit dem Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen und der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen durchgeführten Tagung mit Podiumsdiskussion und Exkursion zur Kurhessischen Fleischwarenmanufaktur.  
Anmeldung: ☎ 0561 7299-360, Fax: -210, mobil: 0151-14270643, Juergen.Sprenger@lh.hessen.de

### Ernährungswende jetzt!

21. bis 23. Okt. 2011, Altenkirchen  
Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband  
Ev. Landjugendakademie, ☎ 02681-951623, Fax: -70206, heuser@lja.de

### Stoppt Patente auf Leben!

26. Oktober 2011, München  
Am 26. Oktober und 8. November 2011 wird das Europäische Patentamt (EPA) in München zwei weitreichende Entscheidungen treffen: In öffentlichen Anhörungen werden die endgültigen Entscheidungen über das Patent auf Brokkoli (EP 1069819) und das Patent auf Tomaten (EP 1211926) fallen. Beide Patente betreffen Saatgut, Pflanzen und Lebensmittel aus konventioneller Züchtung. Werden derartige Patente erteilt, haben Konzerne wie Monsanto nicht nur die Kontrolle über genmanipulierte Pflanzen, sondern auch über die normale Züchtung. Kommen Sie zur öffentlichen Demonstration und geben Sie ein klares Signal an Politik und Patentamt: Keine Patente auf Leben!  
ab 9 Uhr am Europäischen Patentamt, Erhardtstr. 27, in München. Hauptkundgebung: 11 Uhr. Infos und Unterschrift zu Aufruf: www.no-patents-on-seeds.org. Kontakt: Ruth Tippe, ☎ 0172-8963858, Fax: 089-3596622, www.keinpatent.de

### Treffen IG Zugpferde

04. bis 06. November 2011, SH  
Info und Anmeldung: Gunta Zvidrina, ☎ 03886 7156498, guntazvi@web.de

### Züchtertagung DSN

05. November 2011, Frankenhausen  
Zucht der Schwarzbunten Niederungsrinder und Fütterungsversuche im Vergleich DSN und HF. Hessische Staatsdomäne Frankenhausen, Infos: ☎ 05673-3540

### Soziale Landwirtschaft

07. November 2011, Hofgeismar  
Die Fachtagung informiert über das Spektrum Sozialer Landwirtschaft in Deutschland, fördert die Diskussion über die damit verbundenen Chancen und Schwierigkeiten und anhand von Best-Practice Beispielen den Erfahrungsaustausch.  
Anmeldung bis 21.10.: Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen, ☎ 06424 301-104, Fax: -119

### Bitte schon vormerken:

### Fleisch in Massen – Fleisch in Maßen

07. und 08. November 2011, Berlin  
AbL, Agrarkoordination, Kampagne „Meine Landwirtschaft“ u.a.

### AbL-Bundes-Mitgliederversammlung 2011

11. bis 13. November 2011, Altenkirchen/Westerwald  
(siehe auch Seite 8)

## GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG  
28211 Bremen, Kurfürstenallee 23a  
Heinz Herbort, Tel. 0421 / 168 66 10  
h.herbort@wpd.de, www.wpd.de



## Novembertagung 2011

### „Zukunft durch Wurzeln“

„Wir tragen die Wirkungen vergangener Taten und wir sind die Sklaven der Vergangenheit, aber die Herren der Zukunft.“ Rudolf Steiner

27. bis 30. Oktober, Waldorfschule Hannover-Maschsee

Jedes Jahr organisieren die Lehrlinge des 3. Lehrjahrs der Ausbildung für biologisch-dynamischen Landbau eine Tagung mit dem Ziel, einen Austausch zwischen Lehrlingen, aber auch an biologisch-dynamischer Landwirtschaft Interessierten und neugierigen Menschen zu ermöglichen. In diesem Jahr wagen wir uns mutig daran, die Tagung erstmals auch für Interessierte aus dem Ausland zu öffnen. Einige Kurse finden in Englisch statt und auch die Abendvorträge werden übersetzt. Da die Tagung sich ausschließlich über Spenden finanziert, sind wir für jede Unterstützung dankbar. Unterstützen Sie unsere Tagung mit einer Geldspende auf folgendes Konto:

Konto-Nr. 3005626, BLZ: 240 501 10, Sparkasse Lüneburg  
Verwendungszweck: Spende Novembertagung 2011,  
Kontoinhaber: Verein für Fortbildung, Forschung und Fürsorge auf dem Lande (FFF e.V.)  
Infos zu Tagung & Teilnahme: [www.novembertagung.de](http://www.novembertagung.de)

## Teller statt Tonne

Samstag, den 10. September 2011  
12 bis 15 Uhr, Dorothea-Schlegel-Platz am Reichstagsufer, Berlin

Bei der Aktion setzen sich 800 Menschen in Berlin zu einer gemeinsamen Mahlzeit an eine lange Tafel. Tischgespräch ist eine Diskussion zum Thema mit Vertretern aus Landwirtschaft, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kirche.

Es kocht Aktivist und Koch Wam Kat. Am Vortag holen wir die Lebensmittel bei Bauern in und um Berlin. Wir sammeln bzw. sortieren Kartoffeln und Gemüse, die wegen Über- oder Untergröße, oder weil „verletzt“, d.h. geplatzt oder angeschnitten, oder einfach als „substandard“ deklariert nicht in den Lebensmittelhandel kommen.

Für beide Tage benötigen wir 60 bis 70 Helfer/innen. Und das gibt es zu tun:

**Am Freitag, 09.09.11** - Ernte-Reste-Sammeln (10 bis 15 Personen)

**Am Samstag, 10.09.11** - Aufbau der mobilen Tafel, ab ca. 7.00 Uhr (10 Personen)

- Gemüse schneiden usw. für 800 Essen ab 8.00 Uhr (mind. 20 bis 25 Personen)

- Essensausgabe ab ca. 12.00 Uhr (8 bis 10 Personen)

- Spülen und Aufräumen (10 Personen) + Abbau der mobilen Tafel (10 Personen)

Alle, die rund um das Essen beteiligt sind, sollten auch gleichzeitig Ansprechpartner sein für Besucher, die wissen wollen, was hier passiert.

Bitte kommt zahlreich. Wir freuen uns auf Euch!

Kontakt: Andrea Lenkert-Hörmann  
Tel: 0151-153 081 86  
Email: alh@lenkert-hoerrmann.de



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330  
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114  
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147  
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61  
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774  
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118  
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247  
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

### Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

### Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;  
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;  
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;  
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;  
Homberg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

### Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;  
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

### Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531/2829391, info@agraruendnis.de  
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;  
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584  
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278  
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039  
Fax: 967654  
Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info  
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax: 08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635  
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de  
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel.: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de  
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax: 08803-9009562; e-mail: Martha\_Lindauer@web.de  
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel.: 09268-6667  
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de

### Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel.: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de  
Thüringen: Michael Grolm, Tel.: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel.: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel.: 034465-21005; Frank Neumann, Tel.: 036623-23737



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

**Bankverbindung:** KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

### junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

### Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

### Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckhardt Niemann, Tel.: 01511-1201634; mail: eckehard.niemann@freenet.de

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Völling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

### Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



## Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 93,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 128,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 38,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 63,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Die Verteidigung des Stroh

Stroh-doof“. Allein dieses Wort sagt schon alles. Über die unerträgliche Diskriminierung von Stroh. Und über die der Blondinen gleich mit – wohl wegen deren strohfarbenen Haaren: „Wie nennt man das, wenn sich Blondinen gegenseitig Stroh zuwerfen? Gedankenaustausch.“ Strohgegner = bornierte Chauvis! Verächtlichmachung des Stroh auch mit dem Schimpfwort „Dumm wie Bohnenstroh“ – obwohl diesem Geschwätz garantiert keinerlei „Vergleichende Untersuchungen über die Intelligenz unterschiedlicher Stroh-Sorten und anderer Substrate“ zugrunde liegt. Ja, mit dem Stroh kann man es ja machen. Das wehrt sich nicht. Welch ein Undank! Gegenüber jenem Substrat, dem wir nicht nur seit vielen Jahrhunderten die Einstreu und das Ballastfutter für unser Vieh verdanken – sondern auch Stroh-Dächer, geflochtene Stroh-Lehmwände, Material für Strohütte, Strohsterne oder Strohputzen. Und vor allem den Humusaufbau unserer Böden durch den Mist (zur Erklärung für Jungunternehmer: „Mist“ oder auch „Gold des Bauern“ nannte man früher mal eine Mischung aus Stroh und Gülle)... Aber das alles zählt offenbar nicht mehr. Stroh gehört nicht zur „modernen Landwirtschaft“, ist meistens sogar eher lästig. Man braucht es zwar noch in grünem Zustand als Halm für die Verbindung zwischen Wurzel und



Stroh zum Wohlfühlen

Foto: Herzog

Ähre – aber auch da nur noch auf das Allernötigste reduziert durch Halmverkürzer-Spritzmittel. Viele mögen das Stroh gar nicht mehr zur Nutzung in die Form von Bündeln oder Rundballen pressen, sondern häckseln es gleich auf dem Acker weg. Dass es untergepflügt die nötigen Kohlenstoff-Verbindungen für den Humusaufbau liefert, wird vielen allenfalls beim Ausfüllen der Humus-Bilanzierung für die Flächenprämien flüchtig bewusst.

Am schlimmsten aber ist es um das Renommee des Stroh als Einstreu in Schweineställen bestellt, seit die Spaltenböden es von dort verdrängt haben – zum Kummer der Schweine, die auf das gute alte Stroh zum

Wühlen, Spielen, Knabbern und Liegen eigentlich elementar angewiesen sind. Aber Stroh als Einstreu? Das treibt manchem schweinehaltenden Unternehmer die Fassungslosigkeit ins Gesicht. Steinzeitlich und fast obszön mutet so was an...

Aber das Stroh wehrt sich. Es kommt mit Urgewalt zurück, zum Beispiel beim absehbaren Verbot des Abschneidens der Ringelschwänze. Damit die Schweine sich dann nicht die ungekürzten Schwänze abbeißen, wird

man ihnen mehr Platz und Stroh geben müssen. Beim sogenannten „Bauerntag“ des Landvolks habe ich einige Mäster darauf, auf moderne Stallsysteme mit Stroh und auf Betriebskreisläufe als Vorteil der bäuerlichen Betriebe hingewiesen. Interesse weckte immerhin meine Aussage, dass dies alles die Überschussmengen verringern und somit die Erzeugerpreise erhöhen würde. Ich wurde verwundert umringt und befragt: „Sind Sie der Mann, der Schweine auf Stroh halten will?“

Vielleicht sollte man aus Akzeptanzgründen das Wort „Stroh“ künftig gänzlich vermeiden und stattdessen ein völlig neues Material namens „Straw“ für Schweineställe anpreisen: „Die Lösung auch für Ihre

Probleme im Schweinestall – gut strukturiert, leicht, gut portionierbar und lagerfähig, saugt Exkremente und Gerüche auf, kostengünstig, tierwellness-orientiert, ggf. auch im Eigenanbau erzeugbar, gut recycelbar, bodenverbessernd...“ Und um unangenehmen Assoziationen mit vulgärem Stroh weiter vorzubeugen, könnte man es vielleicht vor der Anlieferung metallic einfärben und umso teurer verkaufen.

Stroh ist wertvoll. Kalkuliert man als Preis nur 50 Euro je Tonne und multipliziert man das mit den 40 Millionen Tonnen auf Deutschlands Getreidefeldern, dann ergibt das einen volkswirtschaftlichen Gesamtwert von sage und schreibe 2 Milliarden Euro. jährlich.

Und Stroh ist auch politisch. Zum Beispiel gegen Atomkraft. Nicht nur als alternatives regeneratives Heizmaterial. Die Bäuerliche Notgemeinschaft Lüchow-Danenberg hat gerade erst in einer Anzeige gemahnt: „Der nächste Castortransport steht vor der Tür: Stroh pressen! Die vielen Menschen, die in der Kälte über Tage und Nächte den Atommülltransport blockieren, benötigen eine Menge Stroh. Bitte denkt dran: Wenn möglich pressen statt einarbeiten!“ Und beim Pressen bitte nicht nur Großballen produzieren, sondern auch die kleinen handlichen Bunde! Die man auf Böden lagern und ohne Frontlader transportieren kann, auf denen man so schön kommunikativ sitzt, die als Dekoration beim Erntedankfest nicht fehlen dürfen und mit denen man bei Hoffesten so tolle Türme und Höhlen bauen kann.

Vielleicht träumen viele Bauern nachts von Stroh. Laut Traumdeutung bedeutet Stroh: „Einige Dinge nicht mehr für vorgegeben halten, Stroh als Aufforderung für viel mehr Aufmerksamkeit für Menschen und das gesellschaftliche Umfeld rund um Dich herum.“ Stroh – gut also auch gegen Borniertheit und Einsamkeit. Stroh macht froh und erfolgreich. *en*

## **unabhängige Bauernstimme: Politik im Stroh**

09/2011

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnetenten  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
 oder Fax 02381 / 492221